N 20587 F

Fragen der Freiheit

Staat und Wirtschaft
Staat und Bildungswesen

Heft 154
Januar/Februar 1982

In der jetzigen Zeit soll niemand schweigen oder nachgeben, man muß reden und sich rühren, nicht um zu überwinden, sondern sich auf seinem Posten zu erhalten, ob bei der Majorität oder Minorität, ist ganz gleichgültig.

Goethe

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 154

Januar/Februar 1982

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung

Postverlagsort: 54 Koblenz

Inhaltsverzeichnis

Seite

Fritz Penserot
Staatsverschuldung – Hemmschuh für Wachstum und Vollbeschäftigung 3

Gerhardus Lang
Bildungswesen und Arbeitswelt – auf ewig geteilt? 22

Wolfgang Seel
Die Bürokratie erstickt die Demokratie 39

Fritz Penserot
Das Geld ist da! 47

Buchbesprechungen
Prof. Dr. Wolfgang Stützel: Marktpreis und Menschenwürde – Thesen zur Wirtschafts- und Bildungspolitik – 51

Papst Johannes Paul: Enzyklika Laborem Exerceus 55

Ankündigungen des Trithemius-Institutes 61

Staatsverschuldung – Hemmschuh für Wachstum und Vollbeschäftigung*

Fritz Penserot

I

Das Thema »Staatsverschuldung – Hemmschuh für Wachstum und Vollbeschäftigung« könnte zu der Annahme verleiten, daß die Staatsverschuldung der eigentliche und womöglich einzige Hemmschuh für Wachstum und Vollbeschäftigung unserer Wirtschaft sei und daß es mithin bereits genüge, die Staatsverschuldung abzubauen, so schwierig das auch immer ist, und schon seien Wachstum und Vollbeschäftigung bereits wieder gesichert.

Die Themenstellung könnte – zweitens – zur Folge haben, daß nach den Ursachen der derzeitigen Staatsverschuldung und nach den diesen Ursachen zugrunde liegenden politischen Theorien, Meinungen und Ideologien gar nicht oder nur unzureichend gefragt wird.

Das könnte dann – drittens – zur weiteren Folge haben, daß nach den wirklich entscheidenden, wahren Ursachen von Staatsverschuldung, Wachstumsstillstand und Unterbeschäftigung nicht gesucht wird und infolgedessen die so dringend notwendige Überwindung dieses Zustandes nicht in Angriff genommen wird, so daß wir allmählich aber sicher zum dritten Male einer Katastrophe zutreiben.

Schließlich könnte man der Themenstellung auch noch entnehmen, daß Wachstum und Vollbeschäftigung zwei sich notwendigerweise bedingende Elemente einer blühenden Wirtschaft seien und daß mithin Wachstum an sich schon etwas Gutes sei.

Aus diesen Gründen soll das Thema »Staatsverschuldung – Hemmschuh für Wachstum und Vollbeschäftigung« etwas erweitert werden, so daß möglichst alle damit zusammenhängenden Probleme mitberücksichtigt werden können.

*Erweiterte Fassung eines Vortrages, gehalten am 28. 3. 1981 im Seminar für freiheitliche Ordnung in Bad-Boll

Kurze Inhaltsübersicht

I Einleitung

II Die unmittelbaren Folgen der derzeitigen Staatsverschuldung

III Die Ursachen der derzeitigen Staatsverschuldung

Der Versuch des Staates, die Wirtschaftskrise mit fiskalischen Mitteln zu überwinden

Der überzogene Wohlfahrts- und Gefälligkeitsstaat

Die »Tarifhoheit« der Sozialpartner – das »Kartell der organisierten Interessen«

Die Nachgiebigkeit der Deutschen Bundesbank

IV Die wahren Ursachen der Wirtschaftskrisen und deren Überwindung durch eine grundsätzliche Neuordnung unseres Währungswesens

Wiedergewinnung der Geldwertstabilität durch konsequente Index-orientierte Geldmengenpolitik und frei bewegliche Wechselkurse

Konjunktursicherung durch Geldumlaufsicherung – dadurch Sicherung der Vollbeschäftigung, Verstetigung der Kapitalbildung, Absinken des Zinsfußes, Überwindung der Kapitalkonzentration und dadurch tatsächliche Freiheit für alle.

II

Die unmittelbaren Folgen der Staatsverschuldung

*Zunächst einige Tatsachen: Der Bundeshaushaltsplan 1981**

Gesamteinnahmen des Bundes 1981		197,16 Mrd DM
Gesamtausgaben des Bundes 1981		
Soziales	78,7	
Verteidigung	43,4	
Verkehr	26,5	
Zuschuß zum Berlin-Haushalt	9,6	
Forschung und Entwicklung	8,3	
Energie, Wirtschaftsförderung	6,2	
Entwicklungshilfe	5,7	
Wohnungswesen etc.	2,7	
Landwirtschaft	2,1	
Gesundheitswesen	1,5	
Sonstiges	7,1	
Schuldendienst	16,9	
Diverses Sonstiges	15,9	224,6 Mrd DM
DEFIZIT = Nettokreditaufnahme		27,44 Mrd DM
Höhe der Bundesschulden am 31. 12. 1980		228,46 Mrd DM
Gesamtverschuldung des Bundes bis zum Jahresende 1981 lt. Haushaltsplan		255,90 Mrd DM

Es ist jedoch bereits jetzt abzusehen, daß dieser Betrag bis zum Jahresende weit überschritten werden wird und daß unter Hinzurechnung der Schulden der Länder und Gemeinden nach Angabe des früheren Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank Dr. Heinrich Irmler bis zum Jahresende 1981 mit einer Gesamtverschuldung von rund 550 Milliarden D-Mark gerechnet werden muß.

Und nun zu den Folgen dieser Entwicklung

Es besteht heute gar kein Zweifel mehr darüber, daß die extrem gesteigerte Staatsverschuldung folgende Wirkungen gezeigt hat und mit zu erwartender zunehmender Kreditaufnahme immer bedrohlicher für die Stabilität der Bundesrepublik Deutschland werden wird.

*in der ursprünglichen Fassung.

Die Wirkungen im einzelnen:

1) Steigerung des Zinsfußes – denn der Staat muß unter allen Umständen die Geldmittel beschaffen und bereitstellen, die er für die Erfüllung seiner selbst gestellten Aufgaben und vor allem auch für die Leistung seines Schuldendienstes braucht. Dies aber hat wiederum zur Folge die

2) Verhinderung von Kreditaufnahmen durch die Wirtschaft, die, von wenigen Großunternehmen abgesehen, gar nicht in der Lage ist, die Zinssätze zu bezahlen, die der Staat bezahlen kann. Die weitere Folge ist, daß

3) weniger Investitionen seitens der Wirtschaft erfolgen, als für die Wiedererlangung und Aufrechterhaltung der Konjunktur und Vollbeschäftigung notwendig wären. Und daraus wiederum ergibt sich ein

4) Zurückbleiben der Innovations- und Rationalisierungsmöglichkeiten mit der Folge, daß die Wirtschaft als Ganzes mit der internationalen Entwicklung nicht mehr Schritt halten kann, so daß

5) generell die Konjunktur nachläßt und die Arbeitslosigkeit ansteigt und damit jedes weitere Wirtschaftswachstum aufhört, ja rückläufig wird.

6) Hier nun tritt der Staat auf den Plan mit dem Argument: wenn die »freie« Marktwirtschaft versagt, dann muß der Staat mit entsprechenden Aufträgen einspringen und so die Nachfrage ankurbeln. »Nachfrage-orientierte« Wirtschaftspolitik heißt das entsprechende Schlagwort.

7) Mit den gleichen Argumenten – und außerdem mit der Forderung nach Inflationsausgleich – kämpfen die Gewerkschaften um höhere Löhne, soweit nicht ihre linken Flügel darüber hinaus überhaupt zu einer höheren Lohnquote am gesamten »Kuchen« gelangen wollen. Tatsächlich aber lähmt das höhere Lohnniveau eher die Wirtschaft (zumal den Export) in der augenblicklichen Situation, als daß es sie ankurbelt, und

8) die Wirtschaft ihrerseits, zumal die Großbetriebe setzen zum Kostenausgleich – soweit durchsetzbar – ihre Preise ebenfalls in die Höhe, wobei

9) die Bundesbank, wenn auch widerstrebend, dazu die Hand reichen muß, um weitere Arbeitslosigkeit zu verhindern, indem sie die hierfür erforderlichen Geldmittel durch Ausweitung der Gesamtgeldmenge zur Verfügung stellt.

10) Damit aber ist der Fortgang der Inflation – wie beschönigend man auch immer dieses Wort »Inflation« umschreiben will – perfekt.

Wenn der Staat immer mehr Geldmittel vom Kapitalmarkt an sich zieht, so bedeutet das nichts anderes, als daß Sparmittel der Privaten, verfügbares *Geldkapital*, das für Investitionen der Wirtschaft bereit steht, das heißt für die Anschaffung von Realkapitalien, die wiederum die Voraussetzung der Weiter-

entwicklung der Wirtschaft und der Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit – also des »Wachstums« – sind, zurückverwandelt wird in *Konsumgeld*. In Konsumgeld, das, einmal ausgegeben, zwar eine entsprechende Belebung der Nachfrage nach Konsumgütern zur Folge hat – vom Lebensmittel- bis zum Panzerkauf –, das aber nur in sehr begrenzter Weise zu solcher Realkapitalbildung führt, die aus sich selbst heraus eine echte Mehrproduktion zur Folge hat, die von der Gesamtheit der Produzenten = Konsumenten selbst gekauft und *bezahlt wird – also den Staatssäckel überhaupt nicht belastet.*

Fazit: je mehr Geldmittel = Nachfragepotential der Staat dank seiner relativen Zinsunempfindlichkeit der Wirtschaft entzieht, desto schwächer wird die Investitionsneigung der Wirtschaft, desto geringer die Aussicht auf eine nachhaltige Konjunkturbelebung und Abbau der Arbeitslosigkeit, Steigerung der Steuerkraft der Gesamtgesellschaft sowie der Zahlungen an Renten-, Kranken- und Arbeitslosen-Versicherung und desto wahrscheinlicher der Zusammenbruch dieses ganzen Staatsverschuldungssystems mit allen Folgen für das *Gedeihen des gesamten Staatswesens.*

Man bedenke ferner: wer bezahlt eigentlich letztlich alle die Schulden, die der Staat – vermeintlich zum Wohle seiner Bürger – gemacht hat? Es gibt hierzu nur ein einziges legitimes Mittel: *die Steuern der Bürger.* Die Bürger müssen mit ihren Steuern, direkten und indirekten, all das bezahlen, was der Staat bestellt hat, und sie müssen vor allem auch die Zinsen bezahlen, die die Folge der Staatsverschuldung sind.

Das heißt aber weiter: die Banken, Versicherungsgesellschaften und andere Kapitalsammelstellen (und nicht zuletzt die Ölscheichs) – dieses Großkapital (früher hätte man gesagt die »Hochfinanz«) wird aus den Steuern der unzähligen Kleinen, der Arbeiter, der Verbraucher, der Unternehmer und selbst der Rentner und Arbeitslosen geradezu gemästet. Es fällt schwer, den Vertretern der STAMOKAP-Theorie da nicht ein gewisses Verständnis entgegenzubringen.

Was aber soll geschehen, wenn es sich erweist, daß der Staat gar nicht mehr in der Lage ist, seine Verschuldung aus eigener Kraft, das heißt auf dem Wege der Ausgabenverminderung einerseits und der Besteuerung seiner Bürger andererseits abzubauen? Und manche Anzeichen deuten darauf hin, daß dies so kommen wird!? Dann wird – voraussichtlich – eben wieder einmal *der deutsche Michel von seinem eigenen Staat* um den realen Gegenwert des von ihm Ersparten *betrogen* werden; sicherlich nicht in dem Ausmaß wie nach den beiden Weltkriegen, aber immerhin so, daß *sein Vertrauen in seinen eigenen Staat* und in die Weisheit seiner Staatslenker erneut – und vielleicht für immer und damit endgültig – *zerstört* wird – mit allen Folgen, die ein solcher Vertrauenszusammenbruch nach sich ziehen würde ...

Doch hören wir zunächst die Stimmen einiger kompetenter Politiker zu dem Problem unerer Staatsverschuldung.

Der *Bundestagsabgeordnete Haberl* in der Bundestagsdebatte vom 8.2.1979 (nachdem er festgestellt hat, daß von 1970 bis 1978 rund 370 000 handwerkliche Existenzen aufgegeben worden sind): »Warum geben sie auf? Weil sie begriffen haben, daß sie ohne Risiko, nämlich durch den Erwerb festverzinslicher Wertpapiere, mehr verdienen, als wenn sie ihren Handwerksbetrieb fortsetzen, oder dadurch mehr verdienen, daß sie zu irgendeinem industriellen Großbetrieb mit Altersversorgung, mit ausreichender Zukunftsvorsorge und mit vierzig Stunden Arbeitszeit in der Woche gehen.«

Prof. Dr. Joachim Starbatty in der FAZ vom 14.3.1981: »Wie ist daher der Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Staatsverschuldung? Die Befürworter der Staatsverschuldung stellen auf den dadurch geschaffenen Nachfragesog ab, der Absatz und Beschäftigung gesichert habe. Dem läßt sich entgegenhalten, die hohe Staatsverschuldung habe das Zinsniveau auf einem so hohen Niveau gehalten, daß es für viele Unternehmen rentabler war, die verdienten Abschreibungsbeträge nicht in ihrer Unternehmung, sondern in Staatspapieren anzulegen. Diese Mittel kamen aber nicht der staatlichen Investitionstätigkeit zugute – diese ist in ihrer Bedeutung seit 1970 stark rückläufig –, sondern dem privaten und öffentlichen Verbrauch, das ist Kapitalverzehr.« ... »Um es ins Bild zu fassen: *Wer die Arbeitsplätze von heute über die Ausdehnung der Staatsverschuldung zu sichern trachtet, verzehrt das gesellschaftliche Saatgut.*« ... »Dafür, daß die Frage der Staatsverschuldung nichts mit den Kategorien »progressiv« oder »konservativ« zu tun hat, gibt es einen kompetenten und über jeden Verdacht erhabenen Zeugen. Er schreibt:

> »Die Anleihen befähigen die Regierung, außerordentliche Ausgaben zu bestreiten, ohne daß es der Steuerzahler sofort fühlt, aber sie erfordern doch für die Folge erhöhte Steuern. Andererseits zwingt die durch Anhäufung nacheinander kontrahierter Schulden verursachte Steuererhöhung die Regierung, bei neuen außerordentlichen Ausgaben stets neue Anleihen aufzunehmen. Die moderne Fiskalität, deren Drehungsachse die Steuern auf die notwendigsten Lebensmittel (also deren Verteuerung) bilden, trägt daher in sich selbst den Keim automatischer Pression. Die Überbesteuerung ist nicht ein Zwischenfall, sondern vielmehr Prinzip. In Holland, wo dies System zuerst inauguriert, hat daher der große Patriot de Witt es in seinen Maximen gefeiert als das beste System, um den Lohnarbeiter unterwürfig, frugal, fleißig und ... mit Arbeit überladen zu machen. ... Darüber bestehen keine zwei Meinungen, selbst nicht bei den bürgerlichen Ökonomen.«

Diese Passage und der dem Kommentar vorangestellte Leitsatz *'Das Kapital selbst ist aufgegessen, verausgabt vom Staat'* stammen von *Karl Marx*.... An der Frage Konjunkturankurbelung über Ausweitung der Staatsverschuldung scheiden sich die Geister nicht in 'konservativ' und 'progressiv', sondern in Sachkundige und Ignoranten.« – Soweit Professor Starbatty.

Dr. Heinrich Irmler, bis vor einem Jahre Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, schrieb in der FAZ vom 14.6.1980 unter der Überschrift »*Staatsverschuldung – ein Holzweg*« u.a. folgendes:

1) »Innerhalb der von der Zentralbank zugelassenen Geldmengenexpansion kann es bei hohem Staatsdefizit zu einem *Verdrängungswettbewerb* zwischen Staat und Wirtschaft kommen.... Eine solche Verdrängung vollzieht sich stets *über den Zins*, der für den Staat von Natur aus nicht dieselbe Bedeutung haben kann, wie für die private Wirtschaft.

2) »Von der Währungsreform bis heute ist die Kaufkraft der DM bereits um mehr als die Hälfte zurückgegangen... Unter diesen Umständen, so sollte man meinen, wäre staatliches *'deficit spending'* überhaupt undiskutabel. Doch allen sitzt offenbar noch die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise in den Knochen, die damals in der Tat mittels staatlicher Haushaltsdefizite schneller überwunden wurde, als es ohne diese der Fall gewesen wäre. Die Erfahrung von damals, aber auch die Lehre von Keynes, so wie sie die meisten heute zu Unrecht verstehen, führen uns aus Angst vor einer Wiederkehr der Deflation geradewegs immer tiefer in die *Inflation*.

3) »Niemand kann die Wiederholung einer Depression à la 1930/32 wünschen... Etwas völlig anderes aber ist es, mittels zunehmender Staatsverschuldung die sogenannte 'Gesamtnachfrage' und den Beschäftigungsstand stets stabil halten zu wollen. Das kann nicht gutgehen... *Sinkt die Gesamtnachfrage* oder geht die Beschäftigung zurück, *so müßte doch zu allererst.. nach den Ursachen für den Rückgang geforscht werden.* Diese können natürlich auch im *monetären* Bereich zu finden sein.. es ist aber ebensogut möglich – und heute sogar wahrscheinlicher – daß sie in Störungen anderer Art begründet sind.

4) »So liegt schon ein gewisser Widerspruch und eine tiefgehende Störungsmöglichkeit darin, daß *autonome Tarifpartner* die Geldlöhne und -gehälter nach ihrem Gutdünken oder nach ihren Machtverhältnissen festlegen, die Sicherung der *Vollbeschäftigung aber Sache des Staates und* hier in Sonderheit auch *der Währungs- und Kreditpolitik* sein soll. Es gibt aber nun einmal Situationen, in denen der Preis für die menschliche Arbeit, also die Löhne und Gehälter, oberhalb des 'Gleichgewichtspreises', zu welchem alle sich anbietenden Arbeitskräfte noch Beschäftigung finden würden, festgelegt wird. Wir befinden uns seit Jahren in solcher Lage. Wenn man

von 'Umverteilungswünschen' mittels 'aggressiver Lohnpolitik' absieht (sie gehen heute ohnehin weitgehend ins Leere, nachdem die Lohnquote schon bei etwa 70 Prozent liegt), ist der *Gleichgewichtslohn* aufs engste mit der Arbeitsproduktivität verknüpft. Darüber hinausgehende autonome Vereinbarungen ... müssen sich im Prinzip in Arbeitslosigkeit umsetzen, wenn und soweit die Notenbank nicht eine höhere als eine stabilitätsgerechte Geldschöpfung zuläßt. Gegenwärtig gibt es in der Bundesrepublik überhaupt keinen *realen* Spielraum für eine Erhöhung der Einkommen, denn der erhoffte Produktivitätszuwachs (etwa 2½ Prozent) wird bereits durch die vor allem ölpreisbedingte Verschlechterung der terms of trade um etwa 2 Prozent verbraucht. Der vereinbarten durchschnittlich etwa 8 Prozent Einkommenssteigerung – im ausmachenden Betrag von immerhin 50 bis 60 Milliarden DM – steht daher kein vermehrtes Güterangebot, es sei denn aus Importen, gegenüber. Die deutsche Leistungsbilanz aber ist bereits tief im Defizit. .. Hier mittels vermehrtem 'deficit spending' des Staates gegenhalten und eine weitere 'Belebung' der Wirtschaft zwecks Wiederherstellung der Vollbeschäftigung erzwingen zu wollen, wäre inflatorisch. Das Staatsdefizit müßte im Gegenteil kompensatorisch gekürzt werden. ....

5) »Aus meiner .. Erfahrung als Bankmann und als Geldpolitiker erscheint es mir überhaupt praktisch *unmöglich*, auf alle Fälle aber höchst inflationsträchtig, dem Staat bzw. *der Wirtschafts- und Geldpolitik die Verantwortung für* stetiges Wirtschaftswachstum und für konstante *Vollbeschäftigung aufbürden zu wollen.*

6) »Eine *Wachstumsbremse* von beträchtlicher Wirksamkeit stellt aber auch die *Geldentwertung* selbst dar, die ihrerseits eng mit dem Verteilungskampf zusammenhängt. Denn der Verteilungskampf läuft im Grunde auf den Versuch hinaus, das jährlich erarbeitete Sozialprodukt zu unangemessen hohem Teil dem Konsum zuzuführen, während die zukunftssichernden *Investitionen* der Wirtschaft und des Staates dabei relativ oder gar absolut *zurückfallen.*

7) »Wenn unter diesen Umständen das Wachstum leidet und Arbeitslosigkeit entsteht oder wächst, so ist es sinnlos und unverantwortlich, aber auf alle Fälle *inflatorisch*, durch billiges und reichliches Geld sowie durch erhöhtes *'deficit spending'* des Staates die sogenannte 'Gesamtnachfrage' wieder soweit heben zu wollen, daß schließlich doch beides möglich zu werden scheint, nämlich zu hoher Konsum und gleichwohl hohe Investitionen und damit Vollauslastung des Produktionspotentials der Volkswirtschaft einschließlich dessen jährlicher Zunahme. ...

8) »Letztlich hat die seit Jahren *expansive Finanzpolitik* selbst den Bedarf an *weiterhin expansiver Finanzpolitik erzeugt.* Für die Rückkehr zu einem

dauerhaft hohen Beschäftigungsstand ist noch eine lange Periode hoher Investitionen nötig, die spannungsfrei zu finanzieren eine starke Reduktion der öffentlichen Defizite erfordert. Das Problem ist, wie man aus der bisherigen unheilvollen Entwicklung wieder herauskommt.

9) »Schon das heutige Tempo der Zunahme unserer Staatsverschuldung, erst recht aber ihre weitere Steigerung sowie die offenbare *Unmöglichkeit, den Schuldenzuwachs* fühlbar *zu mindern*, bedroht die Stabilität unseres Geldwertes ernsthaft und macht damit eine entscheidende Voraussetzung für weiteres Wachstum und Vollbeschäftigung obsolet. Denn nicht öffentliche Defizite, und daneben noch die Aufzehrung von etwa 26 Milliarden DM Sozialversicherungsvermögen (die übrigens in Jahrzehnten weit geringeren realen Wohlstandes aufgebaut worden waren), sind Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung, sondern entscheidend wichtig sind hohe produktive private Investitionen. Ihnen aber wird durch hohe Staatsdefizite die Finanzierungsgrundlage beschnitten.«

Soweit *Dr. Heinrich Irmler* über die schon vor einem Jahre sich abzeichnende katastrophale Staatsverschuldung unter den derzeit maßgebenden Bedingungen der bundesdeutschen Währungsordnung und -politik.

Diese Gedanken gewissermaßen zusammenfassend schreibt *Hugo Müller-Vogg in der FAZ* vom 1.7.1980:

»Mit seinem übergroßen Kreditbedarf hat der Staat .. auf dem Kapitalmarkt .. die Preise verdorben. Jeder Sparer weiß, daß Vater Staat für seine Anleihen und Bundesschätzchen höhere Zinsen zahlt als Unternehmer oder Banken. Der hochverschuldete Staat, der ständig neues Geld braucht, treibt auf diese Weise allgemein den Preis für Kredite in die Höhe. Den Schaden haben nicht nur die privaten Unternehmen und Bauherren, die bei dieser Preistreiberei nicht mithalten können. Geschädigt wird die gesamte Volkswirtschaft, weil der vom Staat beeinflußte Zins die allgemeine Teuerung nährt.

»So behindert der Staat, indem er mit geliehenem Geld scheinbar die Konkjunktur und den Wohlstand stützt, in Wirklichkeit die wichtigste Quelle wirtschaftlichen Wachstums, nämlich die privaten Investitionen.«

III

Die Ursachen der derzeitigen Staatsverschuldung

Es besteht kein Zweifel darüber, daß der erste und entscheidende Grund dafür, daß der Staat sich verschuldet, darin zu suchen ist, daß er im Interesse der Wohlfahrt seiner Bürger die immer wieder auftretenden Wirtschaftskrisen überwinden bzw. wenigstens den Versuch machen muß, deren Härten zu lin-

dern. Unsere noch immer nicht funktionierende Wirtschafts- und Währungsordnung ist also der eine, entscheidende Grund für die Staatsverschuldung. Nach dem Rezept von John Maynard *Keynes* ersetzt der Staat durch seine Auftragsvergaben, finanziert durch Staatsanleihen und Schuldverschreibungen, den als Folge der sinkenden Kapitalverzinsung auftretenden Nachfrageausfall in der Wirtschaft.

Otto Lautenbach, der damalige Vorsitzende des Freiwirtschaftsbundes und Begründer der »Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft«, hat bereits im Sommer 1949 in dem »*Manifest der Freiheit und Sozialen Gerechtigkeit*« (erschienen im VITA-Verlag, Heidelberg-Ziegelhausen) diesen Zusammenhang anhand der Entwicklung in England nach dem ersten Weltkriege wie folgt beschrieben:

»Trotz den Zerstörungen, die der Krieg für England mit sich brachte, und trotz der Abzweigung der Kapitalneubildung für die Finanzierung der Kriegsausgaben zeigte sich am Ende des Krieges wiederum ein spürbarer Druck auf die Verzinsung des Sachkapitals, der Hang zur Liquidität trat auf. Geschult durch seine Volkswirtschaftler, voran *John Maynard Keynes*, wurden die Gefahren erkannt, die mit einer neuen Wirtschaftskrise für England und sein Empire heraufzogen. Die Arbeiterpartei kam ans Ruder. Nach dem Plan *Lord Beveridges* sollten die sozialen Forderungen der Gewerkschaften mit den Ansprüchen des Kapitals auf einen Nenner gebracht werden. Mit einer neuen *Theorie der Vollbeschäftigung*, verbunden mit der *Sozialisierung* einiger Grundindustrien, wurde versucht, die Ansprüche des Kapitals zu befriedigen, ohne Wirtschaftskrisen und soziale Spannungen in Kauf zu nehmen.

»Nach diesem Plan wird der *Staat an Stelle der privaten Geldgeber als Investor* auftreten, wenn die Kapitalneubildung die Zinsansprüche des Kapitals niederkonkurriert hat und die Hortung des Geldes die Arbeitslosigkeit auslöst. Der Staat übernimmt die Anleihen zu festen Zinsen von den Geldgebern und investiert sie in den staatlichen Betrieben oder in außerwirtschaftlichen Unternehmen, ohne Rücksicht darauf, ob die von ihm aufzuwendenden Zinsen aus der Produktion herausgewirtschaftet werden können. Mit dieser Politik scheint es möglich, auf längere Frist Vollbeschäftigung zu sichern, ohne die Kapitalerträge anzutasten. Der moderne Mensch, durch die Gefahren der Wirtschaftskrisen an der Freiheit müde geworden, erliegt leicht dem Sicherheitsgedanken, wie er vor allem in der Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck kommt. Der gleiche Gedanke nach Sicherheit hat auch den Kapitalisten erfaßt, der darauf verzichtet, mit seinem *Kapital* und allen Risiken selbst in die Wirtschaft einzusteigen: er *läßt sich durch den Staat* die Sicherheit seiner *Zinsrate garantieren.*

»Die Praxis hat auch im freiheitlichen England, vor allem im sozialisierten Kohlebergbau, erwiesen, wie mit diesen Methoden die *Leistung der Wirtschaft herabgesetzt* wird und die Kosten für die Steuerzahler anschwellen. Hier fallen neben den Kosten für den Staatsausbau vor allem die von Jahr zu Jahr steigenden Differenzen zwischen den hohen Zinsverpflichtungen gegenüber dem anleihezeichnenden Kapitalisten und den meist viel niedrigeren Zinserträgen aus den staatlich investierten Kapitalien ins Gewicht. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis wann diese Lasten den Steuerzahler erdrücken. *Zunehmender politischer Kollektivismus mit Beschneidung der persönlichen Freiheit* auf allen Gebieten des Lebens bei relativ *geringerem Lebensstandard* müssen die Folgen sein. Die Staatsschulden türmen sich auf und verlagern das Schwergewicht der sozialen Spannungen von dem Kampf um Löhne und Gehälter in einen Kampf um die Steuern. Vollbeschäftigung und Zinsanspruch können eine Zeitlang miteinander in Einklang gebracht werden, jedoch wird das relative Sinken des Sozialproduktes bei fühlbarer Beschränkung der persönlichen Freiheit und zunehmender Bürokratisierung mit innerer Notwendigkeit die Kräfte auf den Plan rufen, die nur in einer *totalen Kollektivisierung* und damit Vermassung ihr Ziel finden können. Die Baufehler der Wirtschaftsordnung werden nicht beseitigt, sondern ihre Folgen treten im Staate selber auf, wo sie mit zeitlicher Verzögerung das Gleiche bewirken wie dort, wo sie auf revolutionärem Wege mit Macht und Gewalt der Freiheit, Menschenwürde und sozialen Gerechtigkeit in einem totalitären System ein absolutes Ende setzen.«

So hat *Otto Lautenbach* bereits im Jahre 1949 sowohl die Ursachen der Staatsverschuldung erkannt als auch deren weitere Folgen vorausgesehen: weil unser derzeitiges Geldwesen das stetige Funktionieren der Marktwirtschaft verhindert, deshalb interveniert der Staat mit seinen zahllosen Sozialleistungen und Wirtschaftsförderungsmaßnahmen.

Aber *warum* die »Kapitalisten« die »Liquidität« bevorzugen und *wie* diese »Liquiditäts-Präferenz« überwunden werden könnte – darüber spricht niemand, beziehungsweise dieses Problem wird ignoriert oder beiläufig abgetan oder als irrelevant zurückgewiesen. Hierzu einige Beispiele:

Dr. Heinrich Irmler sagt zwar in dem oben zitierten Artikel, die »Ursachen für den Rückgang« der »Gesamtnachfrage« und der »Beschäftigung« »können natürlich auch im monetären Bereich zu finden sein« – aber er geht dann in dem weiteren Teil seines Aufsatzes mit keinem Wort mehr auf diese möglichen Ursachen im monetären Bereich ein.

Die Folge solcher Abstinenz ist dann leider nur, daß man der Marktwirtschaft als solcher alle die Mängel anlastet, die ausschließlich auf das Nicht-

funktionieren der Währung zurückzuführen sind. So sagte z. B. *Professor Dr. Rudolf Hickel*, Bremen,* unter anderem: »Alle Probleme, mit denen der Staat heute konfrontiert ist, sind *soziale Folgeprobleme der marktwirtschaftlichen Produktionsordnung.* Anders ausgedrückt: Einem Mängelkatalog der Marktwirtschaft steht ein Funktions- oder Aufgabenkatalog des Staates gegenüber, der die Palette staatlicher Interventionen in die Privatökonomie ausmacht.

»... Vielmehr haben wir es heute mit einer staatsvermittelten Marktwirtschaft zu tun, innerhalb derer der Staat reaktiv und prospektiv eine instabile Marktwirtschaft flankiert. Zur staatlichen Interventionspolitik gehört beispielsweise die Bereitstellung materieller Produktionsvoraussetzungen, die aufgrund zunehmender Vergesellschaftung der Produktion einzelwirtschaftlich nicht mehr rentabel erstellt werden können. Dazu gehören die mit der Produktion einhergehenden sozialen Folgekosten der Marktwirtschaft, die ebenfalls nicht einzelwirtschaftlich verarbeitet werden können. Diese Phänomene liefern exemplarisch die ökonomische Begründung staatlicher Aktivität, die ständig wachsen muß.

»Wie wird auf diese objektiven Entwicklungen wachsender Staatstätigkeit politisch reagiert? Die einen wollen den Staat ausbauen, damit er ökonomische Funktionen im Sinne der interventionistischen Steuerung wahrnehmen kann. Konservative Staatsideologen dagegen wollen die dem Staat zugewachsenen Funktionen durch Vermarktung oder Verpreisung wieder rückgängig machen.

»Wenn aber das Anwachsen der Staatsfunktionen die Ursache in den Mängeln der Marktwirtschaft hat, dann ist es doch paradox, die Staatsfunktionen durch Vermarktung und Verpreisung wieder in die Marktwirtschaft zurückverlagern zu wollen. Einerseits verursacht die wachsende Komplexität gesellschaftlicher Produktion innerhalb der Marktwirtschaft eine Zunahme der Staatsfunktionen. Andererseits will man die so dem Staat zuwachsenden Funktionen wieder in das System der Marktwirtschaft zurückverlagern, die doch gerade zunehmende Staatsinterventionen gestiftet hat. Hier hat etwa der Orientierungsrahmen der SPD eine analytisch präzisere Antwort bereit als die, die Sie hier geben, Herr *Biedenkopf.*«

Hierauf antwortete *Professor Dr. Kurt Biedenkopf*, damals Generalsekretär der CDU, Bonn, unter anderem wie folgt: »Ich kann Ihnen zustimmen, Herr *Hickel*, wenn Sie die Aufgabe des Staates so bestimmen, daß er eine ganze Reihe von Problemen zu lösen hat, die sich aus der Ineffizienz oder Funktionsunfähigkeit von Wettbewerbsordnungen ergeben. Sei es, daß sie auf unvoll-

*lt. Protokoll des Bergedorfer Gesprächskreises am 17.11.1975.

kommene, gestörte oder beseitigte Märkte zurückzuführen sind, sei es, daß es sich um Leistungen der Infrastruktur handelt, die gar nicht durch Märkte bereitgestellt werden. Doch die Konsequenz, die Sie ziehen, setzt voraus, daß man zwei Dinge unterscheidet. Zum einen die vom Staat zur Verfügung gestellte Infrastruktur, welche die Voraussetzung für kommerzielle Produktion ist, und zum andern die Funktion des Staates bei der Korrektur von Ergebnissen, die sich aus gestörten oder unvollkommenen Märkten beziehungsweise fehlender Konkurrenz ergeben.

»Im zweiten Fall ist die Funktion des Staates unbestritten; sie muß hier auch erhalten bleiben. Allerdings sollte man dabei fragen, worauf denn die Störungen des Wettbewerbs beruhen. In Ihrer Argumentation werden nämlich der Marktwirtschaft eine ganze Reihe von Fehlentwicklungen angelastet, die gerade auf die Störung marktwirtschaftlicher Prozesse zurückzuführen sind. Und zwar werden sie gestört durch punktuelle interventionistische Eingriffe, die eben nicht ordnungspolitisch orientiert sind. ...

»Was die Infrastrukturleistungen des Staates angeht, so wäre in jedem Einzelfall zu prüfen, ob man für solche Leistungen keine Märkte schaffen kann. ... Es ist durchaus die Frage zu stellen, ob der Staat nicht einige seiner unmittelbaren Funktionen abgeben sollte.

»Dagegen gehört die *Korrektur* von Marktergebnissen bei unvollständiger oder fehlender Konkurrenz mit Sicherheit originär zum *Staat*, weil es die normative Gestaltung der Gesellschaft betrifft.«

Und nachgerade sämtliche Aufsätze aus dem Sammelband »*Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft*«* ignorieren das Problem der Überwindung der »Bevorzugung der Liquidität« als der Hauptursache der Arbeitslosigkeit. Der Name *Silvio Gesell* wird in diesem Band von rund 475 großformatigen, eng beschriebenen Seiten ein einziges Mal, und zwar ausgesprochen abwertend, erwähnt. *Professor Dr. Fritz W. Meyer* schreibt unter dem Titel »*Glanz und Elend der Vollbeschäftigungspolitik*«: »Diese ganz überwiegend passive Einstellung (Arthur Spiethoffs) zum Problem der Unterbeschäftigung war wohl kaum oder doch erst in zweiter Linie eine Folge ungenügender Einsicht in die Möglichkeiten einer wirksamen aktiven Konjunkturpolitik. Die Lehre eines Mannes wie *Silvio Gesell* (1862–1930) freilich, der mit seiner schon vor der Jahrhundertwende entwickelten Idee des Schwundgeldes über eine permanente Flucht in die Sachwerte die volkswirtschaftliche Gesamtnachfragegröße stimulieren wollte, wurde mit seinem Rezept, das allzu deutlich mit dem *Makel des Inflationismus* behaftet war, nicht ernst genommen. Gesell war ein krasser Außenseiter.«

*Gustav Fischer-Verlag, Stuttgart 1981

Professor Dr. Egon Tuchtfeldt stellt in seinem Aufsatz »*Soziale Marktwirtschaft und Globalsteuerung*« John Maynard *Keynes* kurzerhand *in die »linke« Ecke, indem er ausschließlich auf jene berühmten und fatalen Sätze* von Keynes hinweist: »Ich denke mir daher, daß eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird ...« und: »daß seine Lehre viel leichter den Verhältnissen eines totalen Staates angepaßt werden könne als denjenigen einer Marktwirtschaft« und auf ein »*Machbarkeits- oder Ingenieursdenken* als entscheidende geistesgeschichtliche Wurzel der 'Keynesianischen Botschaft'« – ohne dabei auch nur mit einem Hauch den anderen Keynes zu erwähnen, nämlich den freiheitlichen Geist, dem es bei aller Sorge um die Überwindung der Arbeitslosigkeit (durch nachhaltige, notfalls – und vorübergehend – mit staatlichen Mitteln zu erreichende Belebung der wirksamen Nachfrage) darum ging, eben durch die Wirtschaftsbelebung (!), den Menschen »das weitestmögliche Feld für die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit, für die Mannigfaltigkeit des Lebens zu erhalten«.

Anders der Aufsatz von *Walter Eucken* in diesen 'Grundtexten': »*Die Politik zur Herstellung der Wettbewerbsordnung*«.* Eucken geht es ganz eindeutig um »die Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz«. »Dies ist das wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzip.« Dabei sind »alle Bemühungen, eine Wettbewerbsordnung zu verwirklichen, umsonst, solange eine gewisse Stabilität des Geldwerts nicht gesichert ist. Die *Währungspolitik* besitzt daher für die Wettbewerbsordnung ein *Primat*.« »Wenn es (aber) gelänge, die Währungsverfassung mit einem Stabilisator des Geldwertes zu versehen, dann könnte man hoffen, daß die der Wettbewerbsordnung immanente Tendenz zu einem Gleichgewicht sich auswirkt, statt wie in der Vergangenheit wegen der mangelnden Konstruktion der bestehenden Währungsverfassungen in einen dauernden Wechsel der Konjunkturen, d. h. in Inflation und Deflation umzuschlagen.« Und Eucken erkennt dabei als Ursache der monetären Unstabilität die »Schwankungen im Volumen der Bankkredite«, mit diesen »verändert sich auch die Geldmenge«; wobei Eucken aber noch nicht das Giralgeld der Zentralbanken von dem Giralgeld der privaten Banken unterschied und eine genaue Definition der 'Geldmenge' überhaupt noch nicht gab.

Aber wenn Eucken das Problem der Geldmenge und der Geldmengenschwankungen und deren Auswirkungen auf die Geldwertstabilität und die Konjunkturstetigkeit auch noch nicht endgültig gelöst hat, so hat er doch die Richtung gewiesen, die verfolgt werden muß, wenn die Herstellung eines

*aus »Grundsätze der Wirtschaftspolitik«, J.C.B. Mohr, Tübingen 1952 entnommen.

»funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz« als des »wirtschaftsverfassungsrechtlichen Grundprinzips« einer wirklich freiheitlichen Marktwirtschaft gelingen soll.

IV

Die wahren Ursachen der Wirtschaftskrisen und deren Überwindung durch eine grundsätzliche Neuordnung unseres Währungswesens

Im Grunde ist in *Walter Euckens »Wirtschaftsverfassungrechtlichem Grundprinzip«*, nämlich in der Forderung nach *»Herstellung eines funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz«*, bereits das ganze Problem umrissen und indirekt angesprochen: es darf innerhalb der Marktwirtschaft keine unvollständige Konkurrenz geben, weder zwischen den Anbietern untereinander noch zwischen den Nachfragern untereinander, noch zwischen den Geldbesitzern einerseits und den Warenbesitzern andererseits.

Unsere heutige wirtschaftliche Wirklichkeit aber ist anders. Nicht nur daß es übermächtige Monopol- und Oligopol-Positionen sowohl auf Seiten der Anbieter als auch auf Seiten der Nachfrager gibt, vor allem besitzt auch unser *Geld* als solches gegenüber der Ware bereits eine gewisse *Monopolstellung*. Es kann »warten«, es muß sich nicht wie der Durchschnitt aller Produkte innerhalb einer gewissen Frist dem Tausch zur Verfügung stellen. Es ist insofern ein »unreeller Konkurrent« der Ware. Es kann sich seiner Tauschfunktion – der wichtigsten Funktion neben seiner Rechtsfunktion als Wertmesser – entziehen und auf diese Weise den Wirtschaftskreislauf, die Konjunktur, unterbrechen und dadurch Wirtschaftskrisen mit Arbeitslosigkeit und Elend herbeiführen.

Dauerkonjunktur (und nur dadurch Dauervollbeschäftigung) ist aber die Grundbedingung für das Funktionieren der arbeitsteiligen Marktwirtschaft. Dauerkonjunktur und Dauervollbeschäftigung sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen der Freiheit aller Menschen in der arbeitsteiligen Wirtschaft. Dauerkonjunktur entsteht aber nur dann, wenn *die Gesamtheit aller Einkommen in Geld* – als des exakten Gegenwertes aller Leistungen in der Wirtschaft – stetig durch Kauf eben dieser durch die Leistungen entstandenen Produkte (Konsum- und Investitionsgüter sowie Dienstleistungen aller Art) auch zur *wirksamen Nachfrage* wird. Deshalb muß – um die Neigung der Menschen zu überwinden, ihr Geld möglichst lange verfügbar zu halten (Liquiditäts-Präferenz – Keynes) – alle längere Geld-Zurückhaltung mit den gleichen *»Durchhaltekosten«* (Keynes) belastet werden wie die durchschnittliche Lagerhaltung der Wirtschaft.

Die *Liquiditäts-Präferenz* kann in der Regel nur dadurch überwunden werden, daß das Geld entweder mengenmäßig immer wieder vermehrt wird (Inflation), was entsprechende Preissteigerungen zur Folge hat, oder dadurch, daß es von Zeit zu Zeit aufgeldpflichtig gegen neues Geld umgetauscht wird.

Voraussetzung ist dabei, daß das *Währungsamt*, die Zentralnotenbank, eine völlig autonome Währungspolitik treiben kann. Dazu müssen, erstens, die Wechselkurse der D-Mark allen anderen Währungen gegenüber völlig frei beweglich sein. Zweitens muß das Währungsamt selbst eine ganz strikt an einem bestimmten Güterpreis-Index ausgerichtete *Geldmengenpolitik* treiben, damit die Gesamtgeldmenge und die Gesamtheit der Güter- und Dienstleistungsproduktion in einem stets gleichbleibenden Verhältnis zueinander bleiben (*Index-Währung*).

Man bedenke in diesem Zusammenhang einmal den gegenwärtigen Zustand: die Bundesbank ist zwar verpflichtet, gleichzeitig (1) stabilen Geldwert, (2) hohen Beschäftigungsgrad, (3) Wirtschaftswachstum und (4) außenwirtschaftliches Gleichgewicht herzustellen, sie hat aber nicht die Möglichkeit, diese vier Ziele überhaupt zu erreichen. Ziel 1 wird ihr durch das Europäische Währungs-System (EWS) mit dessen festen Wechselkursen, sowie unter Umständen durch Dollar-Stützungs-Käufe immer wieder unerreichbar gemacht: wir »importieren« Inflation, die andere Länder des Wechselkursverbunds gemacht haben; überdies muß die Bundesbank den durch die Jahr für Jahr steigenden Tarifabschlüsse der Sozialpartner erhöhten Geldbedarf bereitstellen (ohne daß dadurch schon die Gesamtproduktion stiege). Um dennoch Geldwertstabilität herbeizuführen, beschneidet die Bundesbank mittels der Mindestreservepolitik die Bewegungsfreiheit der Geschäftsbanken – mit der Folge der Zinssteigerung – und unterstützt damit die in den USA (zwecks Dollar-Stabilisierung) betriebene Hochzinspolitik, um die Abwanderung von D-Mark in Milliardenhöhe in die USA zu erschweren. Dadurch aber wird es völlig unmöglich, die Ziele 2, 3 und 4 zu erreichen.

So haben wir also den geradezu schizophrenen Zustand, daß eigentlich niemand in der Bundesrepublik richtig verantwortlich ist für Geldwertstabilität, Vollbeschäftigung, Wachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht. Nicht die Bundesbank, nicht die Bundesregierung und natürlich schon gar nicht die autonomen Tarifpartner, jenes »Kartell der organisierten Interessen« (Biedenkopf).

Zurück zur Geldmengenpolitik. Was ist überhaupt unter »*Geldmenge*« zu verstehen? Bargeld, Zentralbankgeld, mit oder ohne M 1, oder M 2 oder gar M 3? Hier sollte *ausschließlich* die von der Zentralnotenbank ausgegebene *Bargeldmenge* als Geld verstanden werden, *nicht dagegen das Giralgeld* der

Geschäftsbanken oder gar längerfristig angelegte Gelder bei Sparinstituten. Denn erstens ist die Giralgeldmenge überhaupt nicht bestimmbar, sie ändert sich je nach den Warenumsätzen von Tag zu Tag. Zweitens ist das Giralgeld als der Gegenwert realer Leistungen, die bereits erbracht worden sind, nichts anderes als ein Faktor der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, das die Banken an Dritte, Vierte usw. vermitteln, die es ihrerseits auch nur zum Kauf realer Güter verwenden. Von einer Giralgeld-»schöpfung« aus dem Nichts kann deshalb überhaupt keine Rede sein. Stets steht allem Giralgeld, das aufgrund einer Leistung entstanden ist, eben diese Leistung gegenüber, die von dem an Dritte (Kreditnehmer) weitervermittelten Geld abgerufen wird.

Von *Inflation* kann deshalb nur dann die Rede sein, wenn Geld in den Wirtschaftskreislauf eingeschleußt wird, dem keine Leistungen gegenüberstehen (»leere« Ansprüche), also Geldmengenvermehrung ohne Beachtung des Index durch die Zentralbank selbst (wie Diskontierung reiner Finanzwechsel, Ankauf fremder Devisen, Kassenkredite an den Staat usw.).

Im übrigen verschwinden mit der Einführung der Geldumlaufsicherung zugleich die erheblichen »Schwankungen im Volumen der Bankkredite«, in denen noch Eucken die Hauptursache des dauernden Wechsels der Konjunkturen, das heißt von Inflation und Deflation, gesehen hatte. Mit der Verstetigung des Umlaufs der Gesamtgeldmenge durch einen wirkungsvollen aufgeldpflichtigen Banknotenumtausch dürfte dann auch der Streit um den Begriff der »Geldmenge« ein Ende finden.

Über Einzelheiten der *Geldumlaufsicherungs-Technik* braucht hier nicht weiter berichtet zu werden. Es genügt zu wissen, daß diese keinerlei Schwierigkeiten bereiten würde – so wenig wie etwa die regelmäßig stattfindende Ausgabe neuer Geldscheine unter gleichzeitigem Einzug der alten verbrauchten.

Mit der Geldmengenregulierung und der Geldumlaufsicherung ist gewährleistet, daß niemand mehr auf der Ware »sitzen« bleibt, weil niemand mehr ein Interesse daran hat, sein Geld zurückzuhalten, um »bessere Zeiten« abzuwarten. Die stetige »Abwertung« des einzelnen Geldscheines veranlaßt zur ebenso stetigen Verausgabung dieses Geldes, sei es für Konsum-, sei es für Investitions-, sei es für andere Güter materieller oder immaterieller Art.

In der Wirtschaft wird sich dadurch folgende Situation ergeben: Investitionen werden solange erfolgen, als diese noch eine Rendite = Kapitalverzinsung über den Unternehmerlohn hinaus erwarten lassen. Dieser Punkt ist in dem Augenblick erreicht, in dem die Realkapitalien sich untereinander bis auf den Zinsfuß herunter konkurriert haben, der noch gerade eben eine Risikoprämie von etwa 2 bis 3 % real erbringt. Bei noch geringerer Kapitalverzinsung hört die Investition auf. Das heißt, damit ist die *Rentabilitätsgrenze* (Silvio Gesell)

für den Unternehmer und der Augenblick der Liquiditäts-Präferenz (Keynes) für den »funktionslosen Investor« (Keynes) gekommen. Eine weitere Investition »lohnt« sich nicht mehr. Die Wirtschaft ist für den Augenblick »gesättigt«. Dies gilt für die jetzige, einer ziemlich ungeregelten Inflation unterworfene Währung ebenso wie für ein »Umlaufgeld«, das zur Erlangung und Sicherung der Dauerkonjunktur notwendig wäre.

Jedoch, das *Absinken des Zinssatzes* bis auf den Punkt der »Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals« (Keynes) und das Verbleiben des Zinsfußes auf diesem Punkt – im Gegensatz zur heutigen Situation, wo durch gezielte Restriktionspolitik immer wieder der Versuch gemacht wird, angeblich zu stabilem Geldwert, in Wahrheit zu lukrativen Zinssätzen zu gelangen – ermöglichen es zahllosen Kleinbetrieben und Bauherren, die bisher nicht daran denken konnten, einmal Fremdkapital aufzunehmen, von solchen billigen Kapitalangeboten Gebrauch zu machen und dadurch der Konjunktur Fortgang zu verschaffen und zugleich der seit Jahrzehnten anhaltenden Kapitalkonzentration bis zu einem gewissen Grade zu begegnen.

Jedoch, auch bei der *Geldumlaufsicherung* wird es noch eine, wenn auch sehr viel tiefer als heute liegende, Rentabilitätsgrenze für die Geldaufnahme geben. Was wird das Anlagen suchende Geld nun tun? Es wird weiter nach Sachwerten Ausschau halten und diese kaufen. Damit eröffnet sich neben dem wieder möglichen Altersvorsorgesparen ein *neuer »Markt«* neben der Wirtschaft, der zwar auch jetzt schon längst sichtbar geworden ist, der aber dann zunehmend an Bedeutung gewinnen wird: Juwelen und Schmuck, Kunstwerke und Kunsthandwerksgegenstände, Antiquitäten aller Art und Herkunft, Reisen, Ferienwohnungen, vor allem aber Bildungsstätten aller Art und schließlich Grund und Boden ziehen riesige Geldsummen an, von denen vor Jahrzehnten kein Mensch auch nur zu träumen gewagt hätte. Und genau das ist es ja, worauf es ankommt: auf Dauerkonjunktur und dadurch Dauervollbeschäftigung zu Gunsten aller Menschen und Lebensbereiche – jenseits aller Bürokratie und staatlichen Bevormundung.

Nur – der *Grund und Boden*, die Lebensgrundlage aller Menschen, muß aus diesem unbeschränkten »Markt« herausgenommen werden. Die bereits jetzt schon übel wuchernde Bodenspekulation muß unmöglich gemacht werden. Eine grundsätzlich neue, soziale *Bodenordnung* muß die entsprechende Voraussetzung hierzu bieten. Artikel 15 GG in Verbindung mit Artikel 14(3) liefern ohnehin bereits die verfassungsrechtliche Grundlage hierzu.

So zeigt es sich also: die tiefere Ursache unserer derzeitigen Staatsverschuldung ist nicht in vermeintlichen Mängeln unserer Marktwirtschaft zu suchen, die dann mit einer riesigen »sozialen« staatlichen Umverteilungsbürokratie

behoben werden müßten, die ihrerseits wiederum zu einem unüberwindlichen Hemmschuh für Wachstum und Vollbeschäftigung führt, sondern die tiefere Ursache unserer Staatsverschuldung ist in allererster Linie in unserer mangelhaften Währungsordnung zu suchen. Erst wenn unser Geldwesen derart geordnet sein wird, daß die Geldwertstabilität und die Konjunktur auf Dauer gesichert sind, wird auch unser ganzes Staatsverschuldungsproblem vom Tisch sein – und mit ihm der ganze Rattenschwanz der ideologisch aufgeladenen Umverteilungs-, Vergesellschaftungs- und Sozialisierungsvorstellungen, die die Menschen nur noch weit unfreier machen würden, als sie es jetzt schon sind. Wer wirklich dem Menschen helfen will, der muß auch die Verwirklichung der verfassungsrechtlich gebotenen Voraussetzungen einer Freiheit stiftenden, die Marktwirtschaft befreienden Währungsordnung – und dazu einer entsprechenden Boden-Ordnung – wollen.

Bildungswesen und Arbeitswelt – auf ewig geteilt?*

Gerhardus Lang

»Allem Leben, allem Tun, aller Kunst muß das Handwerk vorausgehen, welches nur in Beschränkung erworben wird. Eines recht wissen und ausüben gibt höhere Bildung als Halbheit im Hundertfältigen.«

(Goethe, Wilhelm Meisters Wanderjahre, I. Buch, 12. Kapitel)

Zunächst einmal bedarf die These, die in der Überschrift vertreten wird, einer Begründung. Sind Bildung (Erziehung) und Arbeitswelt denn wirklich geteilt? Ist nicht die heutige Schule bereits darauf abgestellt, tüchtige Menschen zu erziehen, die den Erfordernissen des praktischen Lebens, also der Arbeitswelt, gewachsen sind? Wird nicht gerade dieses Ziel von den Kritikern der modernen Schule so hart angegriffen: es würden heute nur angepaßte Menschen erzogen, die dann zu willfährigen Gliedern einer formierten und vermachteten Gesellschaft würden? Vor allem sei die Kritikfähigkeit des Menschen unterentwickelt und müsse dringend geweckt und gefördert werden. Also gerade die angeblich zu starke Bindung der Schule an die Absichten und die Erfordernisse der späteren Arbeitswelt wird kritisiert.

Es ist deshalb notwendig zu untersuchen, ob das heutige Bildungswesen tatsächlich auf eine menschenwürdige zukünftige Arbeitswelt vorbereitet. Man kann vielleicht sagen, daß sie die Kinder auf eine Arbeitswelt vorbereitet, wie die Erwachsenen mehrerer Generationen sie so haben werden lassen. Ob diese Arbeitswelt die »zukünftige« ist, mag einmal dahingestellt sein. Wir sollten unseren Kindern zugestehen, sich selbst eine Arbeitswelt schaffen zu dürfen, die menschlicher ist als die, die wir zugelassen haben.

Mein Thema möchte ich so verstanden wissen, daß die Arbeitswelt des Menschen ganz allgemein selbst als Erziehungsmittel eine Bedeutung habe. Zwar wird immer wieder betont, daß zum Ausgleich für die rein rezeptive Erlernung von Wissen auch körperliche Bewegung, Sport und Spiel nötig sei. Und auch nebenfachlich wird gewerkelt und gebastelt. Daß aber die Möglichkeit besteht, die Arbeit selbst in den Mittelpunkt der Erziehung zu stellen, wird noch nicht allgemein anerkannt. Um dies weiter ausführen zu können, müssen wir uns kurz über den *Ursprung der Arbeit* unterhalten.

Gehen wir zunächst einmal von der Menschenkunde aus. Aus den zunächst ungeordneten Bewegungen des Kleinkindes werden unter zunehmendem

*Vortrag, gehalten anläßlich der Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung vom 25.–29.7.1979 in der Bildungsstätte des Bayerischen Bauernverbandes, in Herrsching/A.

Wachbewußtsein koordinierte Bewegungen, die parallel zu der sich langsam ausbildenden Vorstellungsfähigkeit des heranwachsenden Kindes immer geordneter werden. Mit dem Erblühen der kindlichen Phantasie münden sie in das Spiel als erstem Vorläufer der freien Tätigkeit eines Wesens, das seine Intentionen aus sich selbst entwickelt. Die kindliche Phantasie gibt das Ziel für die spielerischen Handlungen des Kindes, es verwirklicht sich selbst im Spiel und schafft seine ihm eigenen Werke. Daran schließt sich im weiteren Erwachen des Bewußtseins das eigentliche Lernen an, die Fähigkeit, seinen Verstand zum Lenker seiner Handlungen zu machen. Damit beginnt ein Tätigsein, das sich vom phantasiegeleiteten Spiel zum zielgerichteten Handeln entwikkelt, zum Vorläufer menschlicher Arbeit.

Die Entwicklung der Geschicklichkeit und der Fähigkeiten durch die Erfahrung einer dinglichen Welt schult auch gleichzeitig den Verstand und bewahrt ihn davor, wirklichkeitsfremd zu werden. Diese praktische Ausbildung des Verstandes in der Arbeitswelt vollzog sich in Jahrtausenden menschlicher Kulturentwicklung, wobei es ein Gradmesser der Kulturhöhe einer Epoche sein kann, wie lange sie dem heranwachsenden Menschen die Möglichkeit ließ, sich auf keine einseitige Fertigkeit festlegen zu müssen, sondern lernend die Welt erfahren zu dürfen. Zu einem Höchstmaß der Entwicklung dieser Freiheit der Welterfahrung war man zum Beispiel im hohen Mittelalter gekommen, wo sich in der Handwerkerschaft eine kulturtragende Schicht bildete und der Mensch eine lange Zeit seines Lebens für eine Weiterentwicklung offen bleiben durfte. Das Wort »Erfahrung« stammt aus dieser Zeit und bedeutete schließlich das Ergebnis einer langen Wanderschaft der fahrenden Gesellen, die als Erfahrene dann zur Meisterschaft kamen, die sie zum guten Teil durch die Erziehung, die sie durch die Erfahrungen in der Arbeitswelt erlebt hatten, erreichten.

Die Ordnung der damaligen Welt bestand in der Ordnung der Arbeitswelt. In sie wuchsen die Menschen wie selbstverständlich hinein, und die Erziehung fand unmittelbar, ohne künstliche Separierungen und Anstaltsbildung, statt. Der Mensch wurde ein Kulturwesen, weil die ganze Kultur an seiner Erziehung mitwirken konnte. Zwischen Kultur und Arbeitswelt gab es keine Trennung. Die Trennung von Schule und Arbeitswelt begann sich erst langsam anzudeuten in der Einrichtung von Schulen für geistliches und wissenschaftliches Leben außerhalb der Arbeitswelt. Aber diese Bildungsstätten waren zunächst weitgehend offen für denjenigen, der in sich die Berufung und das Bedürfnis spürte, durch seine geistige Entwicklung an der Kulturbildung mitzuwirken.

Proudhon* sagt: »Da in der intellektuellen Operation Analyse und Synthese wesentlich unzertrennlich sind, und da andererseits die Theorie nur unter der

*Dieses sowie sämtliche folgenden Zitate von Proudhon sind der Arbeit von Karl Hahn: Föderalismus, die demokratische Alternative, München 1975, entnommen.

Bedingung berechtigt ist, daß sie Fuß für Fuß der Erfahrung folgt, so ergibt sich, daß die Arbeit, welche Analyse und Synthese, Theorie und Erfahrung in einer stetigen Handlung vereinigt, daß die Arbeit, die äußere Form der Logik, welche folglich Realität und Idee zusammenfaßt, sich aufs Neue als allgemeine Unterrichtsmethode darstellt.«

Proudhon fordert also die Arbeit als Erziehungsmethode, da sie fortwährend notwendig von einer intellektuellen Operation begleitet wird. Diese intellektuelle Operation, die immer die Neigung hat, Theorien zu bilden, und nicht ihrem eigentlichen Gesetz entspricht, auf die Analyse die Synthese folgen zu lassen, ist während der Arbeit gezwungen, diesem Gesetz unaufhörlich treu zu bleiben. Die Arbeit schult sozusagen laufend den Intellekt, seinen Gesetzen zu folgen und immer wieder zur Erfahrung zurückzukehren. »Daraus folgt, daß die ökonomische wie die geistige Tätigkeit und Entwicklung sich bedingen, parallel gehen und prinzipiell gleichartig und gleichwertig sind.« (Proudhon). Oder auch: »Die Idee mit ihren Kategorien entspringt der Handlung und muß zur Handlung zurückkehren, wenn das wirkende Prinzip nicht zu Fall kommen soll bei Strafe der Ausschaltung des Handelnden.« Proudhon unterscheidet hier nicht prinzipiell zwischen sogenannter körperlicher und geistiger Arbeit. Er zeigt vielmehr auf, was beiden gemeinschaftlich ist.

Bei der Entwicklung des Menschen, mit der es das Bildungswesen zu tun hat, ist nun eine solche Unterscheidung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit durchaus berechtigt. Zunächst hat die körperliche Arbeit den Vorzug, daß sie mehr dem organisch-lebendigen Pol unseres Wesens zugehört und dem Willen die Möglichkeit gibt, seine Werke zu vollbringen und seine Kräfte zu entfalten. Wohlbefinden und Zufriedenheit sind bei ausgeglichener körperlicher Arbeit das Ergebnis. Sie bildet ganz allgemein den Willenspol des Menschen. Die gesunde Entwicklung unserer Willensnatur ist jedoch auch die Voraussetzung für die gesunde Entwicklung der Verstandesnatur. Es besteht eine gegenseitige Abhängigkeit, die von Proudhon aufgezeigt wurde. Diese Abhängigkeit ist besonders deutlich in der Entwicklung zu verfolgen. Werden in der frühen Jugend die elementaren Willenskräfte, der Tätigkeitsdrang des gesunden Kindes zu früh zur Ruhe gebracht, zu stark einer intellektuellen Ordnung (wie durch Schreiben, Lesen, Fernsehen) unterworfen, so wird später das geistige Wesen des Menschen über kein innerlich aktives Wollen im Erreichen seiner Ziele mehr verfügen. Auch die Entwicklung der Intelligenz ist ein unmittelbares Ergebnis des richtigen Aufeinanderfolgens von körperlicher und verstandesmäßiger Tätigkeit. Die rationale Zügelung der Willenskräfte muß der Bewußtseinsbildung des Menschen zeitlich parallel laufen. Lothar Vogel* sagt dazu folgendes: »Die Gedankenbildung ist die Tätigkeit der geistigen Arbeit. Die Ideen können, wenn sie fruchtbar

*in »Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus« Sonderdruck Fragen der Freihcit 1973

werden wollen, nicht in ihrem Eigensein verharren. Der Denker würde in der Denkfähigkeit ohne fortschreitende Beziehung zur Welt vereinsamen. Die erarbeiteten Gedanken müssen, wenn sie ihre Fruchtbarkeit erweisen sollen, heruntergeführt werden in die Verwirklichung. Sie müssen ins Handeln, in den Willen herab.« Er zitiert Goethe aus »Wilhelm Meister«: »Denken und tun, tun und denken, das ist die Summe aller Weisheit, von jeher anerkannt, von jeher geübt, nicht eingesehen von einem jeden. Beides muß wie Ein- und Ausatmen sich im Leben ewig fort hin und wieder bewegen; wie Frage und Antwort sollte eins ohne das andere nicht stattfinden. Wer sich zum Gesetz macht, was einem jeden Neugeborenen der Genius des Menschenverstandes heimlich ins Ohr flüstert, das Tun am Denken, das Denken am Tun zu prüfen, der kann nicht irren, und irrt er, so wird er sich bald auf den rechten Weg zurückfinden.«

Wir finden also vielfältig diese Idee der Interdependenz von Denken und Tun, und zwar Tun im Sinne von körperlicher Arbeit. In diesem Sinne ist auch der Ursprung der modernen Technik nicht zu verstehen ohne die Grundlage des Handwerks. War schon das Handwerk im Mittelalter der Träger der Kultur, so wurde es dies erst recht zu Beginn der Neuzeit in der Industrie. Der Aufschwung des Frühkapitalismus mit seinen praktisch-technischen Erfindungen ist ohne das Handwerk nicht denkbar. Die meisten bedeutenden Erfindungen dieser Zeit sind nicht ein Ergebnis der Wissenschaft, sondern des Handwerks. Bis in die Neuzeit hinein sind viele Ideen von den praktischen Berufen ausgegangen. Elton Mayo sagt: »Die Wissenschaft ist tief mit der Geschicklichkeit verwurzelt und kann nur durch die experimentelle und systematische Weiterentwicklung einer einmal erworbenen Geschicklichkeit wachsen. Die erfolgreichsten Wissenschaften weisen daher auch alle eine bescheidene Herkunft auf – die vorsichtige Entwicklung geringer Geschicklichkeiten bis zu einem Punkt, da die logische und experimentelle Ausweitung eindeutig beginnt. Der arbeitende Handwerker stand bei der täglichen Ausübung seines Gewerbes mit dem technischen und wissenschaftlichen Wissen seiner Zeit in enger Verbindung. Die Lehre schloß gewöhnlich die Ausbildung in Mathematik einschließlich Algebra, Geometrie und Trigonometrie, in Eigenschaften und Ursprung der in dem Gewerbe gewöhnlich verwendeten Materialien sowie in Physik und technischem Zeichnen ein. In gut geführten Lehrstätten wurde für das Abonnement von handwerklichen und technischen Zeitschriften des betreffenden Gewerbes gesorgt, so daß die Lehrlinge die Entwicklung verfolgen konnten.«

Wichtig war eben bei der Ausbildung die Tatsache, daß das Gewerbe eine tagtägliche Verbindung zwischen Wissenschaft und Arbeit lieferte, da der Handwerker ständig wissenschaftliche Kenntnisse, Mathematik, Zeichnen usw.

in der praktischen Ausübung seines Gewerbes anwenden mußte. Solche Handwerker bildeten einen wichtigen Teil des wissenschaftlichen Publikums ihrer Zeit und zeigten in der Regel ein Interesse an Wissenschaft und Kultur, das über das unmittelbar mit ihrer Arbeit verbundene Interesse hinausging. Folgendes wird über die damaligen Handwerker berichtet: »Noch verblüffender sind die theoretischen Kenntnisse dieser Männer. Sie waren, insgesamt gesehen, keinesfalls die ungebildeten Stümper, zu denen sie die historische Legende gestempelt hat. Selbst ein gewöhnlicher Maschinenbauer hatte meist gute arithmetische Kenntnisse, wußte einiges über Geometrie, Nivellierung und Meßkunst und verfügte in einigen Fällen sogar über ein ansprechendes Wissen in der praktischen Mathematik. Er konnte die Geschwindigkeit und Stärke von Maschinen berechnen sowie Pläne und Querschnitte zeichnen. Diese höheren Kenntnisse der geistigen Fähigkeiten konnten damals in den zahlreichen technischen Ausbildungsstätten in Dörfern wie Manchester erworben werden. Diese reichten von den Akademien der Dissenters und gelehrten Gesellschaften bis zu den örtlichen Lehrern und Gastdozenten. Es gab ferner mathematische und kommerzielle Privatschulen und Abendunterricht und viele für die Praxis verwertbare Lehrbücher, Zeitschriften und Lexika.« (David Landes, Zit. in Bravermann S. 107).

Die blühenden Handwerkerinstitute in der Mitte des 19. Jahrhunderts, die sich in England auf ungefähr 1.200 beliefen und eine Mitgliedschaft von über 200.000 aufwiesen, waren großenteils dazu da, dieses Interesse durch Vorträge und Bibliotheken zu befriedigen. Das Königliche Institut, das sich in England die Verbreitung der Naturwissenschaften und ihrer Anwendung auf die Industrie zur Aufgabe machte, sah sich – als es zu einem Institut wurde, das zu besuchen Mode war und deshalb seine Exklusivität wahren wollte –, gezwungen, seinen Hintereingang zuzumauern, um die Handwerker draußen zu halten, die sich in die Galerie hineinstahlen. Ein Zeitgenosse beschreibt das Interesse der Arbeiterklasse an dieser Fortbildung folgendermaßen: »Die Copper-Union schuf die Möglichkeiten für formale Studienkurse wie auch für Vorlesungen an jedem Samstag abend, die gewöhnlich von 2.500–3.000 Menschen besucht wurden. Nichts Menschenmögliches hat mich jemals davon abgehalten, diese Samstagabend-Vorlesungen zu besuchen. Ich zitterte förmlich in meinem starken Verlangen nach Wissen. Geistiger Hunger ist genauso quälend wie körperlicher. Jeden Samstag abend sprach ein großer Gelehrter vor einer offenen Versammlung und trug höchst bewundernswert aufschlußreiche Ergebnisse von Experimenten und Studien vor. Manchmal berichtete uns Professor Proctor von den Wundern der Astronomie – davon, was die Naturwissenschaft über Zeit und Entfernung, Licht, Bewegung usw. gelehrt hatte. Die in diesen Vorträgen aufgelesenen Wahrheiten wurden zu einem höchst wichtigen Teil von mir und gaben der Welt für mich unglaublich begei-

sternde Bedeutung. Diese Vorträge waren hochgeschätzte Gelegenheiten, Autoritäten der Wissenschaft berichten zu hören, was sie taten und was sie dachten. Ich besuchte viele Vorlesungen und Studienklassen über einen Zeitraum von 20 Jahren.« (Gompers, Zit. in Bravermann S. 108).

»Wir mögen auch heute noch über die britischen Seidenweber staunen, die man in der Mitte des 19. Jahrhunderts in unglaublicher Armut und Erniedrigung lebend vorfand und die nur kurze Zeit vorher, als die Tage des gelernten Handwebstuhlwebers noch nicht zu Ende waren, ihren Londoner Bezirk zu einem Mittelpunkt von Wissenschaft und Kultur gemacht hatten: Die Weber waren früher fast die einzigen Botaniker in London, und Liebe zu den Blumen ist bis heute ein deutlich ausgeprägtes Merkmal ihrer Klasse. Vor einigen Jahren, so erfahren wir, verbrachten sie ihre Mußestunden in den kleinen Gärten in der Umgebung von London, die jetzt weitgehend zugebaut sind, und im allgemeinen nahm die ganze Familie sonntags dort ihr Essen ein. Vor nicht allzulanger Zeit gab es eine Entomologische Gesellschaft, und die Weber gehörten zu den eifrigsten Entomologen im Königreich. Diese Vorliebe ist, wenn auch sehr viel weniger verbreitet als früher, immer noch ein Kennzeichen ihrer Klasse. Es gab einmal eine Blumenzüchter-, eine historische und eine mathematische Gesellschaft, die von den arbeitenden Seidenwebern unterhalten wurde. Und der gefeierte Dolland – Erfinder des achromatischen Teleskops – war ein Weber. Ebenfalls Weber waren Simpson und Edwards, die Mathematiker, bevor sie vom Webstuhl fortgeholt und in den Dienst der Regierung gestellt wurden, um die Kadetten von Woolwich und Chatham Mathematik zu lehren.« Und über die Weber von Yorkshire und Lancashire wird berichtet: »Jeder Weberdistrikt hatte seine Weber-Dichtung, seine Biologen, Mathematiker und Musiker, Geologen und Botaniker. Es gibt Museen und naturgeschichtliche Gesellschaften im Norden, die immer noch von den Webern zusammengetragene Unterlagen oder Schmetterlingssammlungen besitzen, während es Erzählungen über Weber in abgelegenen Dörfern gibt, die sich selbst Geometrie beibrachten, indem sie mit Kreide auf ihre Fliesen schrieben, und die darauf brannten, die Differenzialrechnung zu erörtern.« (Bravermann S. 108)

Wir sehen also, wie ein ursprünglicher Trieb in jedem Menschen steckt, sich durch Übung seine geistigen Fähigkeiten fortzuentwickeln. Aber ist es nicht ebenso denkbar, daß die Arbeit selbst auch auf die Denkfähigkeit des Menschen ihre Rückwirkungen hat: In Goethes »Faust« heißt es über die »Gedankenfabrik«:

»Zwar ist's mit der Gedankenfabrik
Wie mit einem Webermeisterstück,
Wo ein Tritt tausend Fäden regt,
Die Schifflein herüber-, hinüberschießen,

Die Fäden ungesehen fließen,
Ein Schlag tausend Verbindungen schlägt.
Der Philosoph, der tritt herein
Und beweist euch, es müßt so sein.
Das erst sei so,
Das zweite so,
Und drum der dritte und vierte so,
Und wenn das erst und zweit nicht wär,
Das dritt und viert wär nimmermehr.
Das preisen die Schüler allerorten.
Sie sind aber keine Weber geworden.«

Daß ein Weber durch seinen ständigen Umgang mit einem solchen Prozeß, der dem Denken so verwandt ist, nun auch in der intentionalen Seite seines Denkens angesprochen wird, können wir uns lebhaft vorstellen. Wir sind dann eher in der Lage, eine Verbindung zu Proudhons Behauptung zu finden, »daß die ganze Philosophie jeder natürlichen oder industriellen Manifestation zugrunde liegt.« »Daß alle Postulate der Vernunft sich ebensowohl in der bescheidensten Industrie, wie in den allgemeinen Wissenschaften finden und man so aus jedem Handwerker einen Philosophen, das heißt einen verallgemeinernden und hochsynthetischen Geist machen könnte.«

Wenn wir nun aus der Historie sehen, wie handwerkliches Tun und wissenschaftliche Tätigkeit so nahe beieinander liegen, man könnte fast sagen, sich gegenseitig bedingen, warum sollen wir nicht annehmen, daß körperliche Arbeit in der Form der handwerklichen Geschicklichkeit ein unübertreffliches Mittel der Erziehung nicht nur des heranwachsenden Menschen darstellt? Heinrich Zschokke beschreibt in seiner Selbstbiographie, welche Erziehung er seinen Söhnen angedeihen ließ: »Jedem, der reif war, stand die Wahl des künftigen Berufes frei. Wählte er einen wissenschaftlichen, so mußte er zugleich als Lehrling in die Werkstatt eines Handwerkers oder Künstlers treten; und nicht die Hochschule eher, denn als eingeschriebener Gesell seines Gewerbes beziehen. *So blieb denn allen der Dünkel junger Herren fremd, jeder Stand ehrenwert.* Nach dem Ende der akademischen Studien fühlten sie den vollen Wert dieser schlichten Erziehung.«

In unserem heutigen Erziehungswesen und in der heutigen Gesellschaftsform haben wir uns von den ursprünglichen Verhältnissen zu Beginn der industriellen Ära weit entfernt. Auf der einen Seite entstanden die Schulanstalten, die nicht jedermann zugänglich waren, das Privileg der Bildung, die allein für die Bürgerschicht da war. Auf der anderen Seite wurde die Arbeitswelt mehr und mehr in die Industrieghettos verbannt, in die der heranwachsende Jugendliche erst Einblick gewinnen konnte, wenn er aus der Schule in die Arbeitswelt

entlassen wurde. Dieser Wechsel ist noch heute mit einem starken Schock für die Betroffenen verbunden, da die moderne Produktionstechnik auf Jugendliche trifft, die noch im Entwicklungsalter stehend darauf nicht vorbereitet sind. Durch eine diesem Alter nicht adäquate und durch nichts vorbereitete Arbeitstätigkeit werden diese Heranwachsenden ihrer Reifezeit beraubt und ihre Persönlichkeitsentwicklung verstümmelt. Die privilegierte Schicht, die nun die Schule weiter besuchen darf, fühlt sich der zurückbleibenden arbeitenden schon vom Anspruch her überlegen und erklimmt auch später die Positionen, die sowohl Macht als auch überdurchschnittlichen Wohlstand versprechen. Radikale Kritiker des modernen Schulwesens weisen ungeschminkt auf diese Tatsache hin und fordern eine »Entschulung der Gesellschaft«. (Ivan Illich). Schule ist in ihrer Sicht Vermittler von theoretischem Wissen und nicht von Fertigkeiten. Durch die Verbindung von Staatsverwaltung mit Prüfung und Auslese ist die Schule zum Instrument geworden, widerstreitende soziale Interessen zu kanalisieren. Dabei wird der für das spätere Leben fruchtbare Wettbewerb in ein Lebensalter gelegt, in welchem der junge Mensch demselben schutzlos und noch nicht im Vollbesitz seiner Persönlichkeitskräfte ausgeliefert wird. Die »Auslese«, die erst später über das Marktgeschehen im freien Wettbewerb berechtigt ist, wird nun dazu benutzt, vorzeitig künstliche Sozialstufen festzulegen, und die Heranwachsenden geraten in die Situation, sich in egoistischer Weise gegenseitig zu bekämpfen. Sind sie in dem Alter, in welchem sie in den beruflichen Wettbewerb eintreten könnten, dann sind sie demoralisiert und entbehren ihre eigentliche Persönlichkeitsentwicklung. Sie haben dann kein Empfinden mehr für Gerechtigkeit. Leistung als Dienstleistung für den anderen wird nicht mehr als solche erkannt, sondern die Arbeit geschieht nur um egoistischer Ziele willen. Es wird als selbstverständlich betrachtet, daß eine errungene Position tributpflichtig für die ist, die diese Position nicht erringen durften. Einem auf Herrschaft ausgerichteten Staat ist ein solches Beamtendenken angemessen. Die Menschen sind so ständig in Gefahr, sich völlig verknechten zu lassen, was die Tendenz erklärt, Herrschaftsregimes anzuerkennen. Hartmut von Hentig faßt es zusammen: »Die Interessen der organisierten Lehrerschaft und die der Arbeitsgesellschaft fielen zusammen: lange Schulzeit mit wenig und kontrollierbarem »Choice and Change«. Von aller Geschichte abgesehen stellen die Kritiker fest, daß die Schule den Zwangscharakter der Gesellschaft befestigt und erhöht, indem sie systematisch die gleichen Mittel anwendet, und das könne kein Zufall sein! In den vielen Jahren, in denen sie ihr »verstecktes Curriculum« zur Wirkung bringt, gelingt ihr eine durch viele Untersuchungen bestätigte Abrichtung der Kinder auf das System vorhandener Einrichtungen, Torheit und Korruption, und selbst wer daraufhin sein Kind dem nicht aussetzen *will*, kann nicht ausweichen, weil die Schulpflicht eine weitgehende Angleichung aller Anstalten

bewirkt hat. Schulverwaltungen regulieren immer mehr; die Erziehungswissenschaft hilft ihr nicht nur dabei, sie leitet sie dazu an; die Unterrichtstechnologie verführt dazu, sich dem programmierten Ablauf hinzugeben, statt ihn selbst zu programmieren; Lehrer werden gezwungen, sich sowohl Skinner wie Summerhill zu fügen. Und deshalb ist für Illich Public oder Social Control ein Alp, eine schwere Belastung der Schule und nicht eine Hoffnung auf kritische Rationalität und Durchsetzung des common sense. Organisierter, verwalteter, professionalisierter common sense nimmt selbst Zwangscharakter an, und zerstört die Absichten wirklicher Erziehung. *Man lasse jeden seinen eigenen Weg suchen und gehen und an den Schwierigkeiten lernen, die er dabei hat.*«

Es wird immer angegeben, der Sinn der Leistungsfestlegung und Motivierung in der Schule diene ja gerade dem Zweck, die Kinder auf die spätere Leistungsgesellschaft vorzubereiten. Wenn die spätere Gesellschaft eine wirkliche Leistungsgesellschaft wäre, hätte man vielleicht noch ein Recht dazu. Betrachten wir jedoch unvoreingenommen unsere Gesellschaftsstruktur, so stimmt es zwar, daß die Menschen ständig viel leisten müssen, wenn sie nicht ins Abseits geraten wollen. Aber es sind immer, auch in den gehobenen Positionen, Leistungen, die nicht der autonomen Persönlichkeit entspringen, sondern der Fremdbestimmung, die die jeweils durch die Schulauslese (mit Universität und Berufsausbildung zusammen) gewonnenen Positionen vorschreiben. Die Leistung, die durch das Marktgeschehen honoriert wird, ist die eigentliche Leistung, und diese wird weder ermöglicht, noch leistungsgerecht honoriert. Wir können also feststellen, daß unser heutiges Schulsystem in Ost und West sich darin gleicht, daß im Vordergrund seiner Bemühungen nicht der autonome Mensch, der Fähigkeiten entwickeln soll, die er zu seiner Selbstverwirklichung benötigt, sondern der einem vorgegebenen System angepaßte steht. Das gelingt natürlich am besten, wenn man den Willen der Menschen von vornherein sich erst gar nicht entwickeln läßt und ihn unterdrückt.

Das beste Mittel, um den menschlichen Willen unter der zunehmend ordnenden Tätigkeit des eigenen Verstandes zu entwickeln, ist dagegen die handwerkliche Tätigkeit, und dort wiederum besonders die künstlerische. Es wäre also zu überlegen, inwiefern die Bildungseinrichtungen, die die Familienerziehung ergänzen sollen, ihr Augenmerk darauf richten, die Entwicklung des tätigen Menschen im gesunden Gleichgewicht mit der des denkenden zu ermöglichen. Vor allem sollte von der Praxis abgegangen werden, Erziehung als Präparation von außen zu verstehen. Abgesehen davon, daß diese Theorie sowieso eine Illusion ist, wie die Sinneslehre nachweist – Wahrnehmen und Erkennen ist immer ein einziger aktiver Akt. Der Mensch ergreift immer aktiv

seine Welt, sowohl manuell als auch im Denken, und wesentlich ist, daß er angeleitet wird, seine ihm gemäße Ordnung, das Motiv seiner Handlungen, selbst zu finden. Das kann natürlich nicht in völlig chaotischer Weise geschehen, sondern nur mit Hilfe der erwachsenen, erfahrenen Menschen. Zunächst geht dieser Lernprozeß über die Nachahmung (Steiner), die jedoch auch kein passiver Vorgang ist, sondern die die Eigenkräfte des heranwachsenden Menschen im Sinne eines Vorbildes entwickelt. Diese führt jedoch nie zu sklavischer Nachahmung, sondern dient, wie auch im späteren Leben das Vorbild, nur der Anregung. Nachahmung ist ein Selbsterkenntnisprozeß auf einer unbewußten Stufe. Der Mensch erkennt in der körperlichen und geistigen Bildung des anderen sozusagen seine eigene Bildungsmöglichkeit. Das Streben nachzuahmen, geht immer vom Kind aus, es sucht mit der ihm angeborenen Spontaneität nach Vorbildern. Dem heranwachsenden Jugendlichen dient für seine ihm bewußter werdende Persönlichkeit die Persönlichkeit des Erziehenden als Vorbild, dem er nun nachstrebt. Von der Nachahmung zum Nachstreben findet eine kontinuierliche Entwicklung statt, die wie alle Entwicklungen natürlich Zäsuren hat, Einschnitte, Sprünge. Was zunächst noch unbewußt ins Organische hineinwirkend in der Nachahmung lebt (ahmen ist »ausmessen, nachmessen, nachmessend einrichten, maßnehmen an anderen«), wird nun im Nacheifern ein immer mehr dem urteilenden Bewußtsein unterworfener Akt. Das Urteil selbst ist dem Erkennen und Wollen übergeordnet und mündet in dem eigenständigen Entschluß.

Die Bezugsperson kann wechseln, oder es können Beziehungen zu mehreren Personen bestehen. Wichtig ist die völlig freilassende Art des Umgangs der Bezugspersonen mit dem Heranwachsenden. Das hat nichts mit laissez faire, laissez aller der antiautoritären Erziehung zu tun. Im Gegenteil, in der Autorität, in der reifen Persönlichkeit, die er verehrt oder liebt, erkennt der Jugendliche sein Vorbild freiwillig an und ordnet sich ihr willig unter. Es entwickelt sich das Meister-Schüler-Verhältnis.

In der mittelalterlichen Handwerkerausbildung, die zudem von einem kulturtragenden Menschenbild durchdrungen war, fand diese Ausbildung des ganzen Menschen einst ihren Höhepunkt. Diese Ausbildung ist mit der Industrialisierung verloren gegangen, und eine neue Ausbildung, die dem modernen Bewußtsein der autonomen Persönlichkeit entspricht, ist höchstens in Ansatzpunkten vorhanden. Allen modernen Erziehungsmethoden fehlt ein der Wirklichkeit entsprechendes Menschenbild. Aus diesem Grunde ist es zu der einseitigen Entwicklung und alleinigen Anerkennung der intellektuellen Leistungen als Maßstab für den Wert der Bildung gekommen. Es mag vielleicht auch richtig sein, daß diese Entwicklung im Sinne der Durchsetzung moderner Herrschaftsstrukturen verlaufen ist, aber auch hier kann man fra-

gen, was ist Ursache und was ist Wirkung. Hat die einseitige Entwicklung des Intellekts zur Ausbildung von Herrschaft geführt, oder haben die staatszentralistischen Bildungseinrichtungen zur einseitigen Ausbildung des Intellekts geführt? Sicher ist beides ein circulus vitiosus.

Wie könnten nun Bildungseinrichtungen aussehen, die einem vollen Menschenbild entsprechen? Sie müßten vor allem gewährleisten, daß der autonome Mensch als solcher anerkannt wird und daß Bildung als ein aktives Geschehen des mit Eigenwillen ausgestatteten Menschen anerkannt wird. Manipulation des Menschen muß ausgeschlossen sein. »Man hat über Erziehung ganze Bibliotheken geschrieben; und keine Kunst in der Welt ist doch einfacher. Wie jede Pflanze, jedes Tier, entfaltet sich auch der Mensch von selbst zu dem, was er nach *eigentlichen* Anlagen und Gaben werden kann. Wer mehr oder *anderes* aus ihm bilden will, als wozu die Natur Form und Stoff gab, wird nicht Bildung, sondern Verbildung und Verkrüppelung bewirken. Das wesentliche Geschäft des Erziehenden besteht allein in der Sorge, *das* zu entfernen, was freie Selbstentfaltung eines jugendlichen Geschöpfs hemmt, oder irrt. Nachahmungstrieb, Gedächtnis, dann Einbildungskraft werden im Kinde am ersten tätig. Darum neigt es sich gern hin, das zu sein, was die Umgebung beispielsweise lehrt. Verdorbene Kinder sind durch Verdorbenheit, oder Verkehrtheit, oder Fahrlässigkeit der Eltern oder Erzieher, zuerst verderbt worden.« (Heinrich Zschokke, Selbstschau, Aarau 1859, S. 347).

Das Prinzip der Gegenseitigkeit zwischen Lehrendem und Lernenden in der Pädagogik ist zu pflegen. Wer gewinnt bei diesem Prozeß der Erziehung? Doch beide, Mutter und Kind, Erzieher und Erzogener. Dieses Bewußtsein zu wecken, ist eine Aufgabe, aber sie muß als Aufgabe gesehen werden. Hartmut von Hentig: »Prinzipiell haben wir in der Schule nicht die Gegenseitigkeit jeder menschlichen Beziehung anerkannt; prinzipiell sehen wir es nicht so an, daß beide Seiten zu gewinnen haben, wenn der pädagogische Vorgang stimmen soll. Es wird sicher nichts dagegen einzuwenden sein, wenn der Mensch, wie überall, künstliche Dinge und Institutionen schafft, die den heranwachsenden Menschen dienen, sich selbst auszubilden, sich selbst zu finden.« »Schulen sollten so sein wie Klöster«, sagt Ivan Illich. Das bedeutet, daß die Kinder keine »Leistungen« im Sinne von Wirtschaftsprodukten, erbringen sollen. Es soll allerdings das Bewußtsein der heranwachsenden Menschen dafür geweckt werden, daß vernunftgesteuerte Arbeit der Sinn menschlicher Lebensverwirklichung ist und nicht der Genuß der Früchte der Arbeit. »Die Arbeit ist die höchste Manifestation des Lebens, der Vernunft, wie der Freiheit. Die Arbeit ist die moralische und menschliche Ordnung, die im Bewußtsein gegeben ist, noch bevor die Notwendigkeit sie gebietet.« (Proudhon). Sie ist also nicht ein notwendiges Übel, um unser Dasein zu fristen, um materielles

Wohlergehen zu erreichen, wie heute allen eingeredet wird, sondern sie ist der Sinn des menschlichen Daseins überhaupt. »Die Arbeit ist Ausfluß des Geistes. Arbeiten heißt sein Leben aufbrauchen: Arbeiten heißt mit einem Wort, sich aufopfern, heißt sterben.« (Proudhon). Indem wir in unserer Arbeit sterben, legen wir den Grund zu neuem Werden. Wir erfüllen in der Arbeit unser Schicksal. Dieser Gedanke weckt in uns die Erinnerung an den Sündenfall der ersten Menschen: 2. Mose 19, »im Schweiße deines Angesichtes sollst du dein Brot essen, bis daß du wieder zu Erden werdest, davon du genommen bist. Denn du bist Erden und sollst zu Erden werden.« Es ist sozusagen die Verwandlung der Erde die Aufgabe des Menschen. Das Wesentliche ist also nicht das Endergebnis, das Produkt, sondern der Prozeß, die Erfahrung, die der Mensch bei der Arbeit macht. Wenn dieses im Bewußtsein des Erziehers lebt, wird er die Arbeit in vollem Sinn als Erziehungsmittel einsetzen können, aber nicht die abstrakt theoretische Arbeit, wie sie heute in den Schulen getrieben wird. Der Ernst, mit dem das Kind spielt, sollte sich fortsetzen in den Einrichtungen, die dem Erlernen der Arbeit und dem Lernen durch Arbeit dienen. Nicht Arbeit zum Zwecke der Produktion und Erzielung von Einkommen, sondern Arbeit als Ausfluß der autonomen, sich entwickelnden, tätigen Persönlichkeit. Die Freude an der Arbeit, am Vollbringen einer Tat soll das einzige Motiv sein, geleitet von der begleitenden Vernunft des Erziehenden, an dem sich die Arbeit des Kindes ausrichtet. Zu der Rolle der Freude der Arbeit zitiert Van de Velde folgendes: »Wieviel fruchtbarer ist Ruskins Anschauung, derzufolge sich jede menschliche Arbeit in Kunst verwandelt, wenn sie freudig ausgeführt wird. Dann ist die Arbeit von dem Fluch befreit, den der Herr aller Dinge dem ersten Menschenpaar auferlegt hat. Dann kann sich das Wunder der Schönheit erfüllen, ihre Vereinigung mit der Natur, die Ruskin zum Gegenstand seiner Religion gemacht hat.« (Van de Velde, Geschichte meines Lebens, S. 168).

Die menschliche Vernunft entwickelt sich dann aus den Erfahrungen, die das Kind an der Arbeit gewinnt. Dies faßt Proudhon mit folgenden Sätzen zusammen: »Wenn die Erziehung vor allem experimental und praktisch wäre, wenn man nur spräche, um die Arbeit zu erklären, zu resümieren und zu ordnen; wenn man dem mit Augen und Händen zu lernen erlaubte, der nicht mit Phantasie und Gedächtnis zu lernen vermag: so würde man bald zugleich mit den Formen der Arbeit die Fähigkeiten sich vermehren sehen: Jedermann würde die Theorie von irgendetwas und deshalb die Sprache der Philosophie verstehen; er könnte bei Gelegenheit, wäre es auch nur einmal in seinem Leben, etwas schaffen, modifizieren, vervollkommnen, Einsicht und Fassungskraft beweisen, sein Meisterwerk hervorbringen, kurz, sich als Mensch zeigen. Die Ungleichheit der Gedächtnisschätze würde nichts an der *Gleichgültigkeit* der Befähigung ändern, und das Genie würde uns nur noch als das

erscheinen, was es in der Tat ist, als die Gesundheit des Geistes.« »Wenn es aber erwiesen ist, daß alle Operationen des Geistes sich auf zwei reduzieren, auf Analyse und Synthese, welche notwendig unzertrennlich, wiewohl verschieden sind, wenn ganz konsequent, ungeachtet der Mannigfaltigkeit der Arbeiten und Studien, der Geist immer nur dasselbe Gewebe wieder beginnt, so ist der Mensch von Genie nichts anderes, als ein Mensch von guter Verfassung, der viel gearbeitet, viel nachgedacht, viel analysiert, verglichen, klassifiziert, resümiert und geschlossen hat, während das bornierte Wesen, das in seinem heimischen Schlendrian fortkriecht, anstatt seine Fähigkeiten zu entwikkeln, seine Intelligenz durch Trägheit und Automatenwesen getötet hat. Es ist abgeschmackt, als »verschieden von Natur« zu unterscheiden, was in Wahrheit nur dem Alter nach verschieden ist; und ebenso ist es abgeschmackt, die verschiedenen Grade einer Entwicklung, oder die Zufälligkeiten einer Spontaneität, die durch Arbeit und Erziehung sich täglich mehr verwischen müssen, in ein Privilegium und eine Ausschließlichkeit zu verwandeln.«

Die Spezialität des Genies und der verschiedenen Begabungen verrät nach Proudhon gerade die prinzipielle Gleichheit und Gleichwertigkeit der Intelligenz und das Gleichgewicht der Fähigkeiten, die in der kooperativen Arbeitsteilung sich ergänzend zusammenwirken.

»Nach den Zeugnissen der Geschichte, wie nach der Analyse, und ungeachtet der Anomalien, die durch den Antagonismus der ökonomischen Prinzipien hervorgebracht werden, unterscheidet sich die Intelligenz der Menschen nicht in der Stärke, der Schärfe oder Ausdehnung, sondern zunächst nach der Spezialität oder nach der qualitativen Bestimmtheit, zweitens durch Übung und Erziehung. Folglich ist die Intelligenz beim Individuum, wie beim Kollektivmenschen, weit mehr eine Fähigkeit, welche kommt, sich bildet und entwikkelt, als ein Wesen oder eine Entelechie, welche ganz ausgebildet vor der Lehrzeit vorhanden ist. Die Vernunft, oder welchen Namen man ihr gibt, Genie, Talent, Industrie, ist am Anfang eine nackte und träge Kraft, die nach und nach wächst, sich stärkt, Farbe annimmt, sich bestimmt und ins Unendliche schattiert. Durch ihre bedeutenden Eroberungen, durch ihr Kapital mit einem Wort, unterscheidet sich die Intelligenz zweier Individuen, und wird sich immer unterscheiden; aber als Kraft, die bei allen ursprünglich gleich ist, muß sie der soziale Fortschritt, indem er unaufhörlich seine Mittel vervollkommnet, endlich bei allen wieder gleich machen. Sonst bliebe die Arbeit für die einen ein Privilegium, für die anderen eine Strafe.« »... *von allen Erziehungssystemen ist das abgeschmackteste das, welches Intelligenz und Tätigkeit trennt und den Menschen in zwei unmögliche Wesenheiten, in einen Abstrahierer und einen Automaten spaltet* « (Proudhon).

An diesen Aussagen kann man sehen, welch vorrangige Bedeutung Proudhon

der Arbeit als Erziehungsprozeß zugesteht. Deshalb erscheint ihm die Arbeit »als die universelle Art des Unterrichts und als die Quelle der ganzen Erkenntnis, jeder Idee sowie der ganzen Philosophie«.

Zur Arbeit sagt Simone Veil (in »Schwerkraft und Gnade«, München 1954, S. 288): »Das Geheimnis unseres menschlichen Zustandes liegt in dem Fehlen eines Gleichgewichts zwischen dem Menschen und den ihn umgebenden Kräften der Natur, die ihn im Nichthandeln unendlich übertreffen; nur im Handeln gibt es ein Gleichgewicht, wenn der Mensch sein eigenes Leben in der Arbeit noch einmal erschafft. Die Größe des Menschen besteht immer darin, sein Leben noch einmal zu erschaffen. Wiederum zu erschaffen, was ihm bereits gegeben ist. Durch die Arbeit erzeugt er seine eigene natürliche Existenz. Durch die Wissenschaft wird er zum Nachschöpfer des Universums mit Hilfe von Symbolen. Durch die Kunst wird er zum Nachschöpfer des Bündnisses zwischen seinem Körper und seiner Seele. Hier ist jedoch zu bemerken, daß jedes einzelne dieser drei, für sich genommen und außer dem Zusammenhang mit den beiden anderen, armselig, leer und eitel ist. Vereinigung der drei: Arbeiterkultur.«

Diese Vereinigung von Arbeit, Wissenschaft und Kunst in einer Arbeiterkultur war genau Proudhons Ziel: »Es gibt nur ein Mittel, diese traurige Notwendigkeit zu beschönigen und zu veredeln: indem man der Arbeit zugleich ein ökonomisches und ein *künstlerisches Ziel* vorgibt; indem man sie zugleich nutzt und idealisiert. *Diese Idealisation ist zugleich die Maske, hinter der sich die menschliche Würde verbirgt*, wenn sie durch die materielle Not getroffen wird. Sie (die Idealisation) besteht in der zuweilen bewundernswerten Kunst der Herstellung von Werkzeugen; in den zahllosen Bearbeitungsformen der Materie; aber vor allem in der harmonischen Systematisierung dieser Formen, durch welche der ganze Globus verwaltet, einheitlich ausgenutzt und von einem Produktionsmittel in ein Kunstwerk verwandelt wird; mehr noch in ein Instrument des wissenschaftlichen Experiments, der Neugier. Jede Arbeit, die nicht ihrem Wesen nach diesem Ziel zustrebt oder zumindest dieses Ziel reproduziert, ist Sklavenarbeit, ein wahres Zeichen des Verfalls.«

Wir sehen also, daß auch Proudhons höchstes Ziel der Arbeit die Arbeiterkultur ist. Erst die Durchdringung der Arbeit – auch heute die Arbeit in der Industrie – durch das Element der Kunst kann sie wieder zum wahren Menschentum zurückführen. Erste Ansätze, die Tradition des ursprünglichen Kunsthandwerkes auch im industriellen Bereich zur Geltung kommen zu lassen, fanden sich zu Beginn dieses Jahrhunderts im kunstgewerblichen Seminar in Weimar durch Henry van de Velde. Er weist in der Geschichte seines Lebens auf einen Vorgänger hin, auf Colbert, der als Minister Ludwig XIV. die französischen Webmanufakturen mit ihren berühmten Teppichwebereien und

-knüpfereien gegründet hat. Diese ursprüngliche Intention wurde dann später in der Gründung des Werkbundes und noch später im Bauhaus fortgesetzt. Interessant sind die Auseinandersetzungen, die van de Velde mit anderen Initiatoren dieser Experimente hatte, im Hinblick auf die Einführung dieser kunstgewerblichen Praktiken in der Industrie.

Es wäre sicher eine eigene Arbeit wert, den damaligen Intentionen noch einmal nachzugehen und sie aufzuarbeiten. Ivan Illichs Forderung nach *Entschulung der Gesellschaft* läuft schließlich darauf hinaus, die alltäglichen Begegnungen, die Werkwelt der Erwachsenen usw. wieder in den Erziehungsprozeß des heranwachsenden Menschen aufzunehmen. Er geht dabei allerdings von Verhältnissen aus, wie er sie in Entwicklungsländern angetroffen hat. Ob sich diese Bedingungen *allgemein* erfüllen lassen, sei zunächst dahingestellt. Unter den heutigen Bedingungen der Industriekonzentrierung ist das sicher nicht möglich. Wir müssen deshalb ganz neue Ansatzpunkte finden.

Fragen wir uns deshalb, wo nun eine solche Bildung stattfinden soll. Sie findet zunächst und vor allem in der Familie statt. Wenn die Familie noch die Möglichkeit hat – und diese sollte ihr wieder mehr und mehr gegeben werden –, grundlegende menschliche Kulturtätigkeiten wie Säen und Ernten, Kochen, Backen, Spinnen, Weben, Pflanzen und Tierpflege in die kindliche Erziehung mit einzubauen, wäre das ein großer Gewinn. Diese in sich sinnvollen Tätigkeiten, die der menschlichen Willkür natürliche Schranken setzen und ein mitsinniges Handeln erfordern, wirken außerordentlich günstig auf die harmonische Entwicklung von Willens- und Erkenntniskräften des Kindes. Zu dem Aufruf »Rettet die Phänomene«* könnte man hinzufügen: »Rettet die Arbeit« für Bildung und Erziehung. »Versäumen Sie es schon am Anfang nicht, indem Sie dem Kinde den Zusammenhang zwischen dem Ackerbau und dem menschlichen Leben beibringen, dem Kinde eine deutliche Vorstellung von dem Pflug, von der Egge usw. im Zusammenhang mit den geographischen Vorstellungen zu geben. Und einiges davon versuchen Sie namentlich von dem Kinde nachahmen zu lassen, wenn auch als kleines Spiel- oder Kunstwerk. Dadurch wird das Kind geschickt, und dadurch wird das Kind geeignet gemacht, sich später in richtiger Weise ins Leben hineinzustellen. Und wenn man gar könnte kleine Pflüge machen und die Kinder im Schulgarten ackern lassen, wenn man sie könnte mit kleinen Sicheln mähen lassen, so würde man eine gute Verbindung zum Leben herstellen. Denn wichtiger als die Geschicklichkeit ist die seelische Verbindung zwischen dem Leben des Kindes und dem Leben in der Welt. Denn es ist tatsächlich so: ein Kind, das mit der Sichel Gras abgeschnitten, mit der Sense Gras abgemäht hat, das mit einem kleinen Pflug Furchen gezogen hat, wird ein anderer Mensch, als ein Kind, welches das

*vergl. Fragen der Freiheit, Heft Nr. 121

nicht getan hat. Das Seelische wird dadurch einfach etwas anderes. Der abstrakte Handfertigkeitsunterricht kann das eigentlich nicht ersetzen.« (Aus Rudolf Steiner: Erziehungskunst. Methodisch-Didaktisches. 11. Vortrag.)

Unmittelbar an die landwirtschaftliche Arbeit könnten sich handwerkliche Betätigungen in der Bearbeitung von Holz, Ton, Metall und anderen pflanzlichen Werkstoffen anschließen. Das Umgehen mit solchen Techniken schafft Erfahrungen, an denen sich wissenschaftliches Denken ohne Mühe anknüpfen ließe. Außerdem sollte Unterricht nicht das Anhäufen von erfahrungslosem Wissen bedeuten, sondern immer Anleitung zum Selbsterfahren sein. Anstaltserziehung muß in dem Sinne, in dem sie heute betrieben wird, völlig verschwinden. Sie ist ein Ansatz zur Ghettobildung, zur Abkapselung von der Wirklichkeit. Pädagogik sollte eine Erweiterung der Erziehung des Kindes in der Familie sein und in den mannigfaltigsten Formen auftreten können. »Schulen« dürften keine Anstalten sein, sondern freie Bildungsstätten in der vielfältigsten Art, die vom Heranwachsenden je nach Bedarf für bestimmte Zeiten aufgesucht und wieder verlassen werden können. Es sollte niemals ein durchgehender mühseliger Dampfzug von München nach Hamburg mit einigen Haltestationen sein. Die persönliche Unterweisung durch die Mutter und den Vater, durch die Geschwister, durch den Individuallehrer, durch den Meister ist das Ideal. Wir können uns diesem Ideal zu nähern versuchen, indem wir unsere pädagogischen Einrichtungen dorthin fortentwickeln, und nicht, wie es heute dauernd geschieht »reformieren«, das heißt zurückentwickeln. Beginnen müßten wir heute schon mit der Dezentralisation der Bildungseinrichtungen, mit der *völligen Befreiung des Bildungswesens* von *staatlicher Organisation* und *Einflußnahme.* Dezentralisation, kleinste selbstverwaltete Schuleinheiten sind die Forderung der Stunde. In der Übergangsschule könnten wir uns den Forderungen Hartmut von Hentigs anschließen, der eine »entschulte Schule« verlangt und ihr folgende Merkmale gibt:

»Die Wiederherstellung offener und realer Erfahrung –

die Wiederherstellung der instrumentellen Funktion des Wissens –

die Wiederherstellung des dialektischen Verhältnisses von Wissen und Erfahrung –

eine Organisation der Lernmöglichkeiten, in der die Lehrer und Erzieher die Funktion von Helfern und Vermittlern haben, ihre Ziele selbst und im Konsens bestimmen, und dadurch selbst zu Modellen dessen werden, wozu sie erziehen wollen –

Modelle lernender, politischer, *autonomer* Menschen (so daß das versteckte Curriculum dem offen Behaupteten nicht widerspricht) –

die Ermittlung der Probleme, die von allen gemeinsam als Frage, als Zweifel, Aufgabe erfahren und verstanden werden müssen, damit über der erweiterten Pluralität und Indirektheit unseres Lebens die Möglichkeit des gemeinsamen Handelns und der Verständigung nicht verloren geht. –

Diese »Pflichtschule« könnte am Ende auf wenige Monate im Jahr gekürzt werden –

die Herstellung eines breiten Spektrums freier Wahlmöglichkeiten in Ergänzung dieses gemeinsamen Kerns und damit der Möglichkeit einer Kritik des Bildungssystems aus sich selbst heraus –

die Aufstellung einer Strategie für den Übergang aus der schon geschlossenen und fast totalen Institution zu einem offenen und wahrhaft öffentlichen Kommunikations- und Kooperationssystem.«

(Hartmut v. Hentig in »Guernavaca, oder Alternativen zur Schule«, Stuttgart 1971).

Parallel dazu müßte durch die Evolution des Kapitalismus zur sozialen Marktwirtschaft eine Dezentralisierung der Technik und der Industrie mit kleineren, übersichtlicheren wirtschaftlichen Einheiten mit Autonomiecharakter gehen. Die Autonomie des Arbeitenden am Arbeitsplatz ermöglicht es dann auch wieder, die allgemeine Arbeitswelt in den Erziehungsprozeß einzubeziehen.

Die Bürokratie erstickt die Demokratie[1)]

– Verwaltungsapparate wachsen und die Politik verfehlt ihre Aufgabe –

Dr. Wolfgang Seel[2)]

Käme ein Mensch mit dem analytischen Verstande eines Karl Marx von einem fremden Stern in die Bundesrepublik, würde er mit Entsetzen oder Vergnügen ob der Unzulänglichkeiten des heutigen Menschen folgendes feststellen: Halbintellektuelle ziehen durch die Straßen: gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Kapitalismus, jener Wirtschaftsform also, die es erreichte, daß die Enkel und Urenkel der früher Ausgebeuteten und Verelendeten heute Butterbrote in den Mülleimer werfen. Daß es den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts nicht mehr gibt, sähe der Besucher von dem fremden Stern sofort.

Er sähe zugleich, was anscheinend die Protestierer nicht sehen, daß ein riesiges Heer von Politikern, Bürokraten, Funktionären von Staat, Vereinen, Verbänden und Gesellschaften gleich den mächtigen Feudalherren des Mittelalters einen neuen (bürokratischen) Feudalismus begründen, der mit Hilfe von Steuern, Beiträgen, Gebühren, Preisen kein schlechtes Leben führt. Staunend würde jener Gast feststellen, daß eine große Zahl von Leicht- und Halbintellektuellen, die vom Mehrertrag anderer ganz gut leben, die Eigenschaften unseres Volkes verketzern, denen sie letztlich ihr eigenes Wohlleben zu verdanken haben, nämlich: Ordnungssinn, Fleiß, Tüchtigkeit, Pflichtgefühl. Verketzert werden diese Eigenschaften, weil sie durch den Nationalsozialismus pervertiert wurden. Aber schon Platon hat uns darauf aufmerksam gemacht, daß jede Tugend durch Maßlosigkeit ins Negative umschlägt: Tapferkeit wird zur Tollkühnheit, maßlose Liebe führt zur Verwöhnung, und Pflichterfüllung ohne ethische Grundlage und Ordnungsvorstellungen ohne metaphysischen Bezug konnten zu den Verbrechen in den KZ-Lagern führen. Die Bekämpfung jener Eigenschaften eines Volkes aber gleicht der Aufforderung an einen tüchtigen Handwerker, sich beide Hände abhacken zu lassen.

Lachen müßte dieser Mann vom fremden Stern, sähe er mit an, wie hier jeder Cocktail, der gemischt wird aus den Begriffen »Arbeitnehmer, Arbeiterkinder, Fortschritt, Bildung, Emanzipation, Solidarität«, geschluckt wird, auch wenn das Ganze nur nach Unverstand schmeckt.

1) Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Verfassers und der FAZ (v. 31. Oktober 1980)

2) Wolfgang Seel, geboren in Breslau, Jurist mit beiden Staatsexamen und Dr. jur., ist 1963 zum Kanzler der damals so konzipierten »Reformuniversität« Bochum berufen worden. Seel hat auf diesem besonderen Verwaltungsposten Erfahrungen mit der Bürokratie gemacht, mit ihren Segnungen, Erfolgen und Fehlwegen. Der Zusammenklang von »Reform« genannten Veränderungen um jeden Preis, von in der Demokratie angelegtem Aktionismus und einer zunehmenden Bürokratisierung beschäftigt ihn seit langem. In dem folgenden Aufsatz hat Seel, der im 64. Lebensjahr steht und mit dem Ende des Jahres die Altersgrenze erreicht, seinen persönlichen Erkenntnissen auf temperamentvolle und unkonventionelle Weise Ausdruck verliehen.

Das Lachen vergeht diesem Mann aber, wenn er sieht, wie eine Bildungspolitik, die unter der Behauptung, daß alle Menschen gleich seien, also jeder ein Einstein oder Goethe werden könne, potentielle tüchtige Handwerker und Facharbeiter, die wesentlich unser Bruttosozialprodukt vermehren, in »Akademikerfabriken« treibt. Irgendwo wird dann ein Examen gemacht und am Ende vielleicht in einem »akademischen Arbeitslosenheer« der Staat mit Umsturz bedroht; ein leeres Akademikeridol, geprägt vom Kollektivismus.

Dieser Mann, der Zolas »Germinal« Zeile für Zeile im Gedächtnis hat, stellt fest, daß die Mehrheit der Menschen nach 6–8 Stunden sich der Arbeitslasten entledigt und daß, dies zu ermöglichen, eine kleine Elite einen 12–16-Stundentag hat. Er sähe, wie im Wohlleben viele Verantwortliche sich selbst wie hektische Kinder auf einem Narrenschiff benehmen und nach dem Motto zu leben scheinen: »Après nous le déluge«. Der Mann verläßt uns nun, hat aber die neue Form der Ausbeutung erkannt, den politischen Bürokratismus, der zum Verhängnis unserer Demokratie zu werden beginnt.

»Keine Staatsform bedarf der Elite so wie die Demokratie«, hat Curtius einmal gesagt. Und genau das war das Glück unseres Staates und Volkes nach dem Krieg: Persönlichkeiten gingen an den Wiederaufbau, die auf Grund ihrer Erfahrungen in der NS-Zeit während und nach dem Kriege sich zu reifen und moralischen Persönlichkeiten entwickelt hatten (ungeachtet der menschlichen Unzulänglichkeiten, die in jeder menschlichen Natur liegen); es waren Politiker, wie Max Weber sie dachte, die den Gemeinsinn vor den Egoismus stellten. Im Staat kam hinzu, daß ein Beamtentum, vorwiegend frei von Parteibindungen, sich ganz dem Aufbau widmete. All dies war möglich auf Grund einer geistigen und sozialen Homogenität (Grundkonsens), ohne den Demokratie nicht funktionieren kann. Die heutigen bürokratischen Entwicklungen werden unsere Demokratie verändern oder haben sie schon verändert. Der egoistische Pluralismus bläht nicht nur das Heer von Funktionären auf, sondern veranlaßt auch eine Flut von Gesetzen, Verordnungen, Erlassen und Anordnungen. Da die Gesetze aber keineswegs die Qualität besitzen, mit der das Bürgerliche Gesetzbuch vor 80 Jahren ins Leben trat, sind sie zum großen Teil schon ergänzungsbedürftig, wenn sie erlassen werden. Noch schlimmer ist es bestellt mit den vielen Verordnungen, Richtlinien, Erlassen, Verfügungen. Die Turbulenz, Unzulänglichkeiten zu beseitigen, führt zu weiteren Unzulänglichkeiten.

Zwei Tatbestände fördern die Regelungsflut. Der Verlust an moralischer Qualität der Menschen und eine überspannte Emanzipation machen überall dort Verbote, Anordnungen, Regelungen notwendig, wo früher ein an den Gemeinsinn gebundener, »erzogener« Bürger das Richtige von allein tat. Der andere Tatbestand: Im Kollektivismus wächst der Zentralismus nach dem

Motto »Alles Gute kommt von oben«. Das Individuum behält keinen Freiraum mehr für schöpferische Initiative; die Risikobereitschaft schwindet.

Diese Entwicklung wird entscheidend beeinflußt durch eine falsch verstandene parlamentarische Demokratie. Parteien und Politiker können sich nur durch Aktivität profilieren. Das Wort vom Schweigen, das Gold sei, gilt hier nicht. Im Gegenteil: es besteht fast die Notwendigkeit, zu allem etwas zu sagen. Diese Situation wird dadurch verschlimmert, daß der Politiker Berufspolitiker geworden ist. Er muß ständig »Politik« von Berufs wegen machen. Sein natürlicher Egoismus zwingt ihn, sich in den Vordergrund zu stellen; er muß auf möglichst vielen Hochzeiten tanzen, jedem bekannten Fußballspieler auf die Schulter klopfen und jeder »Stimme« die höchste Wohlfahrt versprechen. Für das Nachdenken bleibt allenfalls die Fahrt zur nächsten Veranstaltung. »Keine Zeit« ist die Losung, Profilsucht die Krankheit. Querulanten und Egoisten bedienen sich unaufhörlich des armen Politikers. Wünsche zu erfüllen, drängt er in die Geschäfte der Verwaltung, Fraktionen werden so zu Anlaufstellen für Verwaltungsgeschäfte. Hier entsteht ein Verwaltungsapparat aus Assistenten: das reicht hinunter bis zu den Kommunen.

Minister bringen, obwohl sie bereits ein riesiges Ministerium »zu Diensten haben«, ihren politischen Stab mit. Zu ihrer Profilierung helfen Pressestellen. Eine »politische Verwaltung« entsteht mit all den die Frustation vergrößernden Querverbindungen zu den »eigentlichen« Verwaltungen. Sie wissen sich miteinander zu beschäftigen. Die Ministerien sollten auch »Diener«, »Ratgeber« der Parlamente sein; aber weil jene inzwischen groß und undurchsichtig geworden sind, schaffen sich die Parlamente und ihre Fraktionen eigene »Diener« und »Ratgeber« an. Der Teufel wird so mit Beelzebub ausgetrieben. Das Staatsgebäude, das auf solchen Pfeilern ruht, steht auf ziemlich unsicherem Boden. Die Frage nach der Regierbarkeit stellt sich ein. Denn dazu kommt, daß die Beamtenschaft allmählich durch und durch partei-politisiert wird, dann muß an John Adams Wort erinnert werden, es habe noch keine Demokratie gegeben, die nicht Selbstmord begangen habe. Der »volonté générale« ist vom »volonté de tous« abgelöst worden. Das Eigen-Interesse ist vorherrschend; das Beutesystem amerikanischer Art tritt mehr und mehr in Erscheinung – nur nicht mit der harten Konsequenz für die Bediensteten, daß sie mit dem Parteiwechsel auch die Ämter verlieren. Der Bürger merkt dies mit der Zeit und wendet sich ab.

Über Parkinson und seine Bürokratiethesen ist viel gelacht worden. Statt dessen hätte man sich besser gegen den Bürokratismus etwas Wirksames einfallen lassen sollen, denn inzwischen ist der Bürokratismus ein Krebsgeschwür geworden. Der »Wasserkopf« oben erzeugt Wasserbeine »unten«, die Regelsucht kommt hinzu, und die Reformeuphorie der letzten Jahre trug zur

Förderung dieser Situation nicht wenig bei. Politiker, getrieben vom »Wiedergewähltwerden«, und Bedienstete des öffentlichen Dienstes, getrieben vom »Befördertwerden«, mischen hier kräftig mit. Neue bürokratiefördernde Institutionen entstehen. Noch nie gab es so viele Beschwerdemöglichkeiten und Klagewege wie heute. Es gibt auch einen Petitionsausschuß des Parlamentes, und mancherorts steht noch der Ombudsmann ins Haus. Alle beschäftigen sie die Verwaltung, alle bauen sich selbst eine solche auf. Die Bürger wollen das, heißt es. Aber man soll dem Normalbürger einmal vorrechnen, was ihn das alles kostet, und dazu gehört, was ihn die Querulanten, Dickfälligen und Faulen kosten. Das alles bezahlt der Bürger, der sich vielleicht schon mit einer Entscheidung zufrieden gäbe. Oder gibt es diesen Bürger nicht mehr? Ist hier wieder die Maßlosigkeit zu entdecken, die das an sich Gute zerstört?

Ein Professor hat ausgerechnet, daß bei weiter anhaltendem Wachstum der Bürokratie in der Mitte des nächsten Jahrhunderts alle Deutschen öffentlich Bedienstete sind. In den letzten Jahren hat der öffentliche Dienst besondere Anziehung gewonnen: Sichere Stellung, gute Bezahlung, gute Beförderungsmöglichkeiten, das Arbeitstempo ist erträglich, und die Mitbestimmung hat eine Ausweitung erfahren, daß bedenkliche Erscheinungen sichtbar werden. Manche Angestellte, Arbeiter und Betriebsräte in der privaten Wirtschaft verhalten sich zur »Spitze« des Unternehmens loyaler, als man es im öffentlichen Dienst erleben kann. Die Angst vor den »roten Zahlen« macht sie fleißiger, vernünftiger und loyaler. Im öffentlichen Dienst gibt es keine »roten Zahlen«. Es ist abzusehen, wann wegen dieser Entwicklung die Gewerkschaften, die private Arbeitnehmer vertreten, mit denen, die die Interessen öffentlich Bediensteter wahrnehmen, in Konflikt geraten, nicht aus Neid – der Gerechtigkeit wegen.

Kein Wunder, daß angesichts solcher Entwicklungen die Beschäftigung Radikaler im öffentlichen Dienst nicht als sonderlich gefahrvoll angesehen wird, obwohl es doch keinem normalen Kaufmann einfiele, jemanden zu beschäftigen, der offen erklärt, des Kaufmanns Bankrott zu betreiben. Aber der Staat ist eben kein Kaufmann – leider.

Was nach dem Kriege geleistet worden ist, von Politikern aller Parteien und vom öffentlichen Dienst (für die anderen Berufstätigen trifft das ebenso zu), ist bewundernswert. Kriegszerstörung, Elend und Hunger in der Nachkriegszeit mußten beseitigt werden. Der Höhepunkt des Aufbaues war in der Zeit zwischen 1965 und 1967 erreicht. Von da an ging sicherlich der Umfang sinnvoller politischer und auch exekutiver Aufgaben zurück oder hielt sich auf gleicher Höhe. Daß gerade danach die Flut der Regelungen und die Erweiterung der Bürokratie zunahm, setzt denjenigen nicht in Erstaunen, der die inneren Zusammenhänge einigermaßen überblickt.

Seit dieser Zeit (zwischen 1965 und 1967) hat der öffentliche Dienst um mehr als eine Million Bediensteter zugenommen. Dazu zählen auch Polizisten, deren Zahl gesteigert werden mußte, dazu gehören auch die Lehrer; große Klassen sollten verkleinert werden – gut.

Aber macht nicht das Fortschrittsgeschrei die Menschen allmählich stumpf? So mancher hochgepriesene Fortschritt entpuppt sich als nichts anderes als eine neue Form von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der vom Fortschritt Betroffene zahlt am Ende selbst.

Jedes Jahr, wenn die Berichte der Rechnungshöfe in der Öffentlichkeit erscheinen, beginnt ein Lamento über die Verschwendung im öffentlichen Dienst, obwohl die Berichte der Rechnungshöfe, ähnlich der Anklageschrift des Staatsanwaltes, keineswegs »Urteile« sind. Was letztlich aus den einzelnen Beanstandungen der Berichte wird, erfährt die Öffentlichkeit selten. Rechnungshöfe sind notwendig. Kein Zweifel, daß sie in der Vergangenheit zur Solidarität und Pflichterfüllung des Beamten Wesentliches und nach diesem Kriege Hervorragendes für den Aufbau der Verwaltung geleistet haben. Aber an den Rechnungshöfen ist, genau wie in der Verwaltung und in der Politik, die Zeit nicht spurlos vorbeigegangen. Die »politische Verquickung« mit den Rechnungsprüfungsausschüssen läßt Mängel erkennen. Vielen Prüfern gelingt der Sprung aus dem Zeitalter des Merkantilismus in das der modernen Konsumgesellschaft nicht. Dann ergibt sich: je besser Verwaltungen werden, um so kleinlicher die Rechnungshöfe. Das führt nicht nur zur Vermehrung der Regelungsflut, sondern auch zu jahrelangen juristischen Auseinandersetzungen. Schriftsätze gehen hin und her. So geht die Risikobereitschaft, die uns einmal nach vorn half, in der Verwaltung zurück.

Wo früher ein Regierungsrat tätig war, sind es heute drei Ministerialräte. Jede Entscheidung wird von ihnen abgesichert durch klug denkende, aber praxisunerfahrene Jung-Juristen. Früher betreute im Kultusministerium ein tüchtiger Regierungsdirektor zusammen mit einem Oberinspektor und einem 1/10-Regierungsrat den Sport, heute wird nach einem »Sportminister« gerufen, und der Umweltschutzminister sucht schon nach einem neuen Gebäude – Verschwendung?

Wo liegt Verschwendung? Sie ist in folgenden wesentlichen Tatbeständen zu sehen:

1. In den verantwortungslos gewachsenen Apparaten aller Art und der mit diesem Wachstum in Verbindung stehenden Regelungsflut;

2. in einem durch kollektivistisches Denken aufgeblähten Zentralismus, der die Regelungsflut ebenfalls begünstigt;

3. im Wachsen neuer Institutionen, für deren »neue« Aufgaben Institutionen schon bestehen: etwa Teilung von Ministerien, weil ein Minister-Aspirant vor der Tür steht;

4. in dem Wachstum »politischer Verwaltung« in den Parlamenten. Parlamente werden (mangels politischer Aufgaben?) zu »Verwaltungsstellen«;

5. in dem regelsüchtigen Wirrwarr der Tarif- und Besoldungsregelungen, die heute schon eine Geheimwissenschaft geworden sind;

6. in sinnlos gewordenen Subventionen, die nur menschliche Unzulänglichkeit noch aufrechterhält.

Zwischen 1965 und 1967 hätte der Ausbau des öffentlichen Dienstes ein Ende finden können, seitdem sind aber etwa eine Million Bedienstete mehr im öffentlichen Dienst eingestellt worden. Mit Recht haben Wissenschaftler aus den westlichen Ländern (vergleiche F. A. Z. vom 1. Juni 1977) ausgeführt, daß das Wachstum der Bürokratie in den westlichen Ländern während des letzten Jahrzehnts einer der hauptsächlichen Faktoren des langsamen Wirtschaftswachstums sei.

Bei Veränderungen und Verbesserungen geht es niemals um die Herstellung eines vollkommenen Zustandes, lediglich um die Beseitigung des »maßlos Gewordenen«. Verfassung und Gesetz werden nicht für die Ewigkeit gemacht. Manche Väter von Verfassungen und Gesetzen werden an ihrem Grabe für etwas gelobt, was sie gar nicht beabsichtigt hatten. Der Mensch mit all seinen guten und bösen Eigenschaften ist für jedes System entscheidend. Die Qualität des führenden Politikers und die Tugend der Bürger sind es, die einen erträglichen Staat machen.

Der Politiker Dufhues (CDU), dessen hohe Sachlichkeit und dessen Gemeinsinn auch vom politischen Gegner bestätigt wurde, hat einmal gesagt: Man sollte erst in die Politik gehen, wenn man sein Haus bestellt hat. Das heißt, daß keiner vor dem 35. Lebensjahr ins Parlament eintreten soll. Das aber setzt ein anderes Fundament des Parteiwesens voraus. Wenn man die Auffassung vertritt, daß Parteien für ein demokratisches System erforderlich sind, müssen die Parteien, ihre Apparate und ihre Führungskräfte unabhängiger werden.

Wesentlich wäre es auch, die Zahl der Parlamentarier zu verkleinern – um etwa zwanzig bis dreißig Prozent. Das täte gut und förderte letztlich das Ansehen der Politik. Die politischen Aufgaben sind bei vielen Parlamenten zurückgegangen; der Personalkörper aber wächst, die Parlaments-»Verwaltung« nimmt zu. Wichtig erscheint ferner, daß die Wahlen für alle Parlamente einmal alle fünf Jahre erfolgen. Dann hätten wir ein oder ein halbes Jahr Wahlkampf – daß die Fetzen fliegen – und vier Jahre Ruhe. In dieser Zeit hätte der Parlamentarier Muße, auch einmal wichtige Literatur zu lesen. Wenn es uns

nicht gelingt, Hektik und Hysterie aus dem politischen Geschehen zu nehmen, wird uns das »Politische« eines Tages stumpf werden lassen.

Zur Stabilisierung unserer Demokratie ist die Rückkehr zur Gewaltentrennung dringend erforderlich: Politiker machen Politik und nicht Verwaltung, die Beamten – nach Ihrem Amtseid verpflichtet – betreiben sachgerechte Verwaltung. Zum Regreß verpflichtet sollte der Politiker sein, wenn er in Verwaltung eingreift. Ebenso schlimm ist es, wenn der gute Beamte gegenüber dem weniger guten zurückgesetzt wird, nur weil er der regierenden Partei nicht angehört. Der Beamte ist Diener des Staates, des Bürgers, der Regierungspolitik verpflichtet, nicht der Politik einer Partei. Daher sollte der Beamte verpflichtet sein, gegebenenfalls mit seiner Ernennung aus der Partei auszutreten. Mit dem Absterben des »Staatsdieners« stirbt auch der Staat ab. Auch der Minister ist Staatsdiener; er sollte Wert darauf legen, sich mit tüchtigen, erfahrenen Beamten zu umgeben und nicht mit » Parteikarrieristen«. Nicht unter 40 Jahren sollte man in ein Ministerium kommen: Junge Leute, zu allen Schandtaten, vor allem zu unausgereiften Reformen bereit, lassen den Minister schnell im Stich, wenn etwas schiefgeht. Und was alles schiefgehen konnte, zeigt uns die Milliarden verschlingende Reformwut vergangener Zeit. Wenn man Gutes für das Beamtentum, dessen Verdienste unbestritten sind, tun will, dann beendige man den Beförderungsrummel, der monatelange Gladiatorenkämpfe bewirkt, indem zur einfachen Gliederung der Beförderungsstufen zurückgekehrt wird.

Die Bürokratie sollte auf den Stand zurückgedreht werden, den sie in den Jahren zwischen 1965 und 1967 hatte. Alles würde besser laufen; keiner drängte mehr nach unnötigen Regelungen. Das wäre ein Prozeß – ohne Entlassungen! – für zehn bis fünfzehn Jahre. In jedem Ministerium sollten die besten Beamten – mit Beförderungsversprechen – einen Reorganisationsausschuß bilden mit festen Auflagen. Jeder Minister müßte sich mit seinem Amtseid zu einem Abbau verpflichten; jedem Minister, der neue Stellen fordert, sollte wegen »Unfähigkeit« der Zylinder gereicht werden.

Das ganz entscheidende Problem der Dezentralisierung von Aufgaben im Interesse des Abbaues der überflüssigen, frustrierenden Regelungssucht müßte von Politikern, Rechnungshöfen und Ministerien hartnäckig betrieben werden. Dezentralisation fördert die Verantwortung, das Pflichtgefühl »unten«, Zentralisierung treibt das Kollektivdenken an.

Zu einer sinnvollen Reform gehört eine strukturelle Änderung unseres staatlichen Prüfwesens. Um ihre Aufgaben insgesamt zu erfüllen, müssen die Prüfbehörden unabhängiger werden. Die Rechnungshöfe sollten besetzt werden mit den besten Kennern: Wirtschaftsprüfern und Organisationsfachleuten. Die Bemerkungen der Rechnungshöfe sollten einem vom Kabinett beru-

fenen Ausschuß zur Beratung und Entscheidung zugehen. Hier wären die Fälle eingehend, insbesondere auch von der rechtlichen Seite der Prüfung zu untersuchen. Mit Mehrheit sollte die Angelegenheit vor eine neu einzurichtende Kammer des Oberverwaltungsgerichts gebracht werden können. Diese Kammer sollte auch zuständig sein für solche Fälle, in denen Politiker regreßfähig gehandelt haben. Das wäre eine Bremse im Interesse einer sachgerechten Gewaltenteilung.

Heute berichten die Rechnungshöfe dem Landtag, und zwar dem dafür verantwortlichen Rechnungsprüfungsausschuß. Rechnungshöfe müssen etwas vorweisen; Politiker, Vollblutpolitiker zumal, drängen nicht in den Rechnungsprüfungsausschuß. So dominieren entweder die Rechnungshöfe die Ausschüsse oder umgekehrt (hier ist auch zu denken an die Abhängigkeit der höheren Beamten des Rechnungshofes in der Beförderung von den Parlamentariern). Welcher Parlamentarier läßt letztlich (wenn der »Sturm der Entrüstung« vergangen ist) seinen »Kollegen« im Stich? Die Beamten der Rechnungshöfe sollten nicht länger als 10 Jahre dort bleiben, sie sollten danach mit der Erfahrung, die sie gewonnen haben, in die höchsten Ämter der Ministerien gelangen.

Der »politische Bürokratismus« ist das maßlose Element im sozialen, demokratischen Staat, ein Element, das auf anderem Wege in den Kollektivismus führt – besonders dann, wenn geistiger und wirtschaftlicher Materialismus verbunden ist mit ungehemmtem Egoismus. Mit diesem »Materialismus« werfen wir alles über Bord, was eine wahre Demokratie erst begründet: Werte und Tugend.

Das Geld ist da!

Fritz Penserot

Das Geld ist da. »Da brauchen Milliarden-Beträge mit allen Beschäftigungsfolgen nur abgerufen zu werden.« (Jürgen Eick unter »Was tun gegen die Arbeitslosigkeit?« in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 15.1.1982.) Aber es läuft nicht rund. Die Unternehmer rufen das Geld nicht ab. Die potentiellen Anleger stellen es der Wirtschaft nicht zur Verfügung. Die Sparer halten es zurück. Die Bürger insgesamt geben es sparsamer aus als je zuvor.

Und warum das alles? Weil das Gros der Unternehmen zur Zeit keine dem Landeszinsfuß entsprechenden Rendite erarbeiten kann. Weil die potentiellen Anleger der Liquidität den Vorzug geben und ihr Geld nur in kurzfristig *liquidisierbare* hochverzinsliche Obligationen und dergleichen stecken. Weil die Sparer wie die Bürger insgesamt ihr Pulver im Hinblick auf möglicherweise noch schlechtere Zeiten trocken halten.

So nimmt die Krise ihren Fortgang. Und keiner der Sachverständigen scheint auch nur einmal auf die Idee zu kommen, sich zu fragen, ob nicht in der Organisationsform unseres Geldwesens selbst die Ursache dafür zu suchen sein könnte, daß die jeweiligen Besitzer des Geldes unter Umständen dessen Liquidität bevorzugen, statt es zum Kauf von Investitions- oder Konsumgütern zu verwenden.

Dagegen streiten sich unsere Politiker und Konjunktur-Experten noch immer über Wege zur Überwindung der Krise, von denen man schon seit Jahrzehnten weiß, daß sie keine grundsätzliche Lösung des Konjunkturproblems bringen können. Dabei zeichnen sich – wie gehabt – die zwei alten Grundrichtungen ab: die staatssozialistische und die liberalkapitalistische.

Während sich der Bundeskanzler und die Minister für Wirtschaft und Finanzen bislang gegen staatliche Beschäftigungsprogramme sträuben, weil diese die Wirtschaft, auf deren Belebung es entscheidend ankommt, nur immer noch weiter belasten, fordern der größte Teil von Gewerkschaftsbund und sozialdemokratischer Partei sowie eine ganze Reihe von Politikern aus dem Lager der freien Demokraten und selbst einige der christlich-sozialen Partei und schließlich eine ganze Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern unter der Federführung der Professoren Glasstetter und Krupp eben solche staatliche Beschäftigungs- und Investitionsprogramme in Milliardenhöhe, die teils auf dem Wege zusätzlicher Steuerbelastungen der Wirtschaft und der Konsumenten, teils auf dem Wege weiterer kräftiger staatlicher Kreditaufnahmen finanziert werden sollen. Und schließlich glauben einige sogar, mit einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit (Frühpensionierung) der Krise wenigstens teilweise Herr werden zu können.

Die Wirtschaft, der größte Teil der freien Demokraten, das Gros der christlich-sozialen Partei und die meisten Wirtschaftswissenschaftler hingegen fordern das exakte Gegenteil, nämlich Anreize für die Investitionstätigkeit der Wirtschaft in Gestalt von Steuererleichterungen, Investititonsförderung und Abbau bürokratischer Investitionshindernisse (vornehmlich im Kraftwerks- und Wohnungsbau), Ausgabenkürzungen im Staatshaushalt und in den Länderhaushalten sowie eine Beendigung der immer wiederkehrenden Lohn- und Gehaltssteigerungen.

Beide Seiten versäumen es dabei nicht, der jeweils anderen Seite schon jetzt die schwersten Vorwürfe für das zu erwartende Versagen ihrer »Konjunkturförderungspolitik« zu machen.

Die »Linke« hält es für ausgeschlossen, daß die Förderung der privaten Wirtschaft zu einem nachhaltigen Erfolg führe. Die Investitionsanreize reichten bei weitem nicht aus, die Konkunktur wieder nachhaltig in Gang zu bringen; es würde lediglich das kapitalistische System neuerlich stabilisiert, wie auch das Beispiel der Reagan'schen Konjunkturpolitik zeige, deren Erfolg noch immer auf sich warten lasse, und erst recht das Beispiel der auf den gleichen monetaristischen Prinzipien basierenden Politik der englischen Premier-Ministerin, deren Land sich in einer tiefen Deflationskrise befindet. Nur die Politik der staatlichen Beschäftigungsprogramme sei in der Lage, den »sozialen Frieden« zu erhalten.

Die »Rechte« sieht als Folge des mit Sicherheit zu erwartenden Fortganges der Staatsverschuldung die Aussicht auf ein allmähliches Absinken des Zinsniveaus als Voraussetzung einer nachhaltigen Erholung der Konjunktur in immer weitere Ferne entschwinden – mit der Folge, daß sich die Inflation immer weiter fortsetzen und schließlich verheerend auswirken werde. Nur eine angebotsorientierte – und gerade nicht eine nachfrageorientierte – Konjunkturpolitik sei deshalb der richtige Schlüssel zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Ohne ausreichende Gewinne der Wirtschaft könne es nun einmal keine Konjunktur und Vollbeschäftigung geben.

Welche der beiden Seiten hat nun recht? Beide Seiten haben tatsächlich recht – insofern nämlich, als beide recht klar die Unzulänglichkeit der Konjunkturbelebungsmaßnahmen der jeweils anderen Seite erkennen und kritisieren. Aber –

Der sozialistische Weg führt unweigerlich zu noch mehr Inflation und zur Schwächung der Wirtschaft, ohne den Kern des von ihm bekämpften Übels, den Kapitalismus, auch nur im geringsten zu treffen. Im Gegenteil: die das Hochzinsniveau stabilisierende staatliche Kreditaufnahme stärkt mehr als alles andere die Geldkapitaleigner und schädigt zugleich alle Arbeitenden, gleich ob Unternehmer, Lohn- oder Gehaltsempfänger. Denn diese müssen

mit ihren Steuern die hohen Zinslasten tragen, soweit sie nicht durch den Fortgang der Inflation überhaupt teilenteignet werden.

Der liberalkapitalistische Weg kann die Konjunktur ebensowenig aufrecht erhalten. Denn die ungeheuere Leistungsfähigkeit der mit Realkapital ausgestatteten, vom Eigenwohl aller Tätigen angetriebenen Wettbewerbs-Marktwirtschaft führt bereits in aller Kürze erneut zu solcher Güter- und Realkapitalanhäufung, daß auch hier die Rentabilitätsgrenze erreicht und damit jede weitere Investition aufhören und die Bevorzugung der Liquidität wieder eintreten wird. Damit aber ist die Krise erneut da, und sie wird so lange anhalten, bis sich neue Investitionen wieder rentieren, das heißt über den Unternehmerlohn hinaus wieder Zinsen, »Rendite«, abwerfen werden.

Somit ist klar, daß keiner der beiden Wege, weder der staatssozialistische noch der liberalkapitalistische, die Lösung des Konjunktur- und damit Vollbeschäftigungsproblems bringen kann. Denn auf keinem der beiden Wege gelingt es, das Geld dazu zu bewegen, von sich aus alle die Produkte und Dienstleistungen zu kaufen, deren Gegenwert es selbst darstellt. Das Geld ist da! Und zwar ganz genau in der Menge, die dem Gesamtwert der Produktion im weitesten Sinne (von der Werkzeugmaschine bis zur Geigenstunde) entspricht – nur: die »Milliarden-Beträge mit allen Beschäftigungsfolgen« werden nicht »abgerufen« – weil es sich nicht rentiert.

Hier also steckt der Kern des Übels. Das Geld kann »warten«. Die Arbeitslosen aber können nicht warten, und die Produktion und die Waren können auch nicht warten. Die Maschinen rosten, die Waren verderben. Jeder Tag des Wartens verursacht Kosten. Das Geld aber verdirbt nicht. Je stabiler es ist, desto größer ist seine Überlegenheit über die Waren. Desto mehr kann es für das Aufgeben seiner »Liquidität« zu Gunsten der Investition verlangen, das heißt an Zinsen herausschlagen. Deshalb muß ein Weg gefunden werden, der das Geld mit den gleichen »Durchhaltekosten« belastet wie die »durchschnittliche Ware«; und es auf diese Weise zwingt, sich stetig dem Kauf der Güter zur Verfügung zu stellen. Nur dadurch kann die volle Kon-junk-tur zustande kommen.

Ein solcher Weg ist zwar scheinbar auch die Inflation – aber nur dann, wenn sie ununterbrochen weitergeht. Genau dadurch aber wird die Kaufkraftbeständigkeit, die Rechtsgrundlage der Wirtschaft wie des gesamten gesellschaftlichen und politischen Lebens zerstört – wie schon Lenin – klar erkannt hatte.*

Also muß ein anderer Weg gesucht werden, und er ist in der Tat längst gefunden. Es ist der Weg der *Umlaufsicherung* des *Geldes* unter konsequenter Aufrechterhaltung der Stabilität des Geldwertes durch eine entsprechende Geld-

mengenpolitik der Bundesbank. Einzelheiten dieses Weges brauchen hier nicht erörtert zu werden. Sie würden jedenfalls Währungs- und Bankfachleuten keinerlei Schwierigkeiten bereiten – wenn sie nur diesen Weg einmal ernsthaft ins Auge fassen wollten.

Um hier nur kurz eine sofort realisierbare Möglichkeit solcher Geldumlaufsicherung zu nennen: es ist die Bargeldsteuer, das heißt der Umtausch aller im Umlauf befindlichen Banknoten gegen neue Geldscheine unter Einbehaltung einer gewissen Gebühr (in Höhe von etwa 6 oder 10 Prozent des umgetauschten Geldes). Schon die bloße Ankündigung einer solchen Währungsreform würde schlagartig die so notwendige volle Konjunktur – und damit Vollbeschäftigung – wieder herbeiführen und dadurch eine »Gezeitenwende« einleiten, von der wir im Augenblick nur träumen können.

Unsere Währungshüter, unterstützt von der Bundesregierung und vom Bundestag, haben es in der Hand, diese Wende herbeizuführen.

*Dieser Zustand der praktisch andauernden Inflation besteht zwar schon seit über zwei Jahrzehnten. Wenn trotzdem keine *Dauer*konjunktur und -vollbeschäftigung zustande gekommen ist, so ist der Grund dafür in erster Linie in dem immer wieder in die Höhe getriebenen Zinsniveau zu suchen, das eine Folge des Versuches der Notenbank ist, durch eine Politik der Geldverknappung der Inflation Herr zu werden – während gleichzeitig der Staat (teils um den Nachfrageausfall der Wirtschaft zu ersetzen, teils um den nach Sicherheit verlangenden Bürgern die bekannten Wohlfahrtsstaatsvergünstigungen zuteil werden zu lassen) Milliardenkredite zu Zinssätzen aufnimmt, die nur die wenigsten Wirtschaftsunternehmen verkraften könnten. Auf diese Weise bekommt das Geldkapital, das nunmehr Anlagemöglichkeiten in Staatspapieren findet, trotz Inflation die geforderte Rendite – die Wirtschaft aber kommt nicht aus der Krise heraus.

Im übrigen vgl. auch den Aufsatz »Staatsverschuldung« an anderer Stelle dieses Heftes, insbesondere die Darlegungen von Otto Lautenbach aus dem Jahre 1949.

Buchbesprechungen

Prof. Dr. Wolfgang Stützel: Marktpreis und Menschenwürde Thesen zur Wirtschafts- und Bildungspolitik

Der Verlag »Bonn aktuell« hat die oben genannte Schrift von W. Stützel herausgegeben. Hoffentlich erscheint sie bald als preisgünstiges Taschenbuch, *damit die preisbewußten Marktteilnehmer* nicht von dem Preis von DM 30,– abgehalten werden, dieses Buch zu erwerben. Es bietet für den Kenner und Interessenten der einschlägigen Fragen so viel, daß derselbe gern auf ein durchschnittliches Restaurantessen verzichten wird, um dieses Buch zu besitzen. Es ist ein Plädoyer für die soziale Marktwirtschaft: »Uns geht es ja im Grunde nicht nur um Effizienz und Produktivität. Auch uns geht es ja im Gefolge von Röpke, Eucken, Böhm, Erhard und Müller-Armack im Grunde vor allem um Legitimität und Humanität.« Da genau dieses von den zahlreichen Kritikern der sozialen Marktwirtschaft nicht gesehen wird, ist es so wichtig, von kompetenter Seite darauf hingewiesen zu werden, daß ein Ordnungsprinzip, ein rechtlicher Rahmen auch ausgefüllt werden muß, soll er seine segensreiche Wirkung entfalten. Stützel zeigt nun, wie der vorgegebene Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung durch zunehmende systemwidrige Eingriffe dirigistischer Art zerstört wird und an systemwidrigen Privilegien leidet. Die Folgen dieser Eingriffe und *der fortbestehenden Privilegien werden* dann irrtümlich der Marktwirtschaft zur Last gelegt und somit das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Besonders verdienstvoll ist, daß Stützel auf die zerstörende Rolle des zentralistischen, dirigistischen, kontraproduktiven staatlichen Schul- und Universitätswesen hinweist. Als beamteter Insider kennt er die Schwächen dieses Systems aus nächster Sicht, und es wäre sicher nicht verkehrt gewesen, in seinem Buch einen völligen *Rückzug des Staates aus diesem Bereich* zu fordern: Man kann hier keine angeblich notwendigen Kompromisse fortbestehen lassen, da man nur entweder/oder entscheiden kann. Ordnungspolitik bedeutet auch hier: Klare Entscheidungen – klare Kompetenzzuweisungen.

Eine andere Stelle wiederum berührt das Thema Marktwirtschaft und Menschenwürde an einer besonders empfindlichen Stelle: Stützel möchte der übermächtigen Gewerkschaftsbewegung unserer Zeit eine legitime Rolle zuweisen. Da sie nun einmal nicht mehr wegzudiskutieren ist (die Macht nämlich), möchte er sie in Verantwortung einbinden. Die Verantwortung der Gewerkschaften durch die Tarifpolitik läge de facto in der Rolle der Aufrechterhaltung des Geldwertes (der Währungsstabilität) durch die Vorgabe der generell gleichen Kosten für die Arbeit. Das mag richtig sein, obwohl es nicht so ganz einsichtig ist. Aber die Gefahr ist doch offensichtlich, daß man hier den Bock zum Gärtner macht, wie ja schon bisher allerhand Böcke im Garten unserer *staatlichen Ordnung weiden, vor allem* die gewählten Parteimitglieder, die sogenannten Abgeordneten, die mit Narrenfreiheit (schlicht freies Mandat genannt) ausgestattet sind. Da dieses Bockgehege durch den Hofschranzeneffekt (Stützel!) zu noch größerem Ansehen und Effekt gelangt, so ist zu erwarten, daß nach

endgültiger Übernahme aller Parlamentsabgeordneter in die Einheitsgewerkschaft die Böcke nun nicht mehr aus dem Garten wegzudenken sind. Aber das nur nebenbei. Mehr noch befremdet die Argumentation, die zur Legitimation der Gewerkschaften angeführt wird:

S. 76: »Unterstellt, es herrschen die folgenden Rahmenbedingungen:

1. Aus produktionstechnologischen Gründen habe keiner der Arbeitsuchenden die Möglichkeit, zur Bestreitung des Lebensunterhaltes für sich und seine Familie aufs do-it-yourself, also die Eigenarbeit mit eigenen Produktionsmitteln, auszuweichen. (Marx nannte das die Aufteilung der Menschheit in »Kapitalisten« und »Proletarier».)

2. Die Arbeiterfamilien leben am Rande dessen, was sie selbst als ihr Existenzminimum ansehen.

3. Es gibt keine Arbeitslosenunterstützung. Es gibt keine gewerbepolizeilichen Beschränkungen der gesamten Jahres-Arbeitsstundenzahl, die eine ganze Familie, Frauen und Kinder eingerechnet, anbieten darf. Es gibt keine Gewerkschaften oder analoge Verbände in ihrer Eigenschaft als Arbeits-Angebotspreiskartell.

4. Die Arbeiter agieren absolut getrennt gegeneinander.

5. Es gibt eine kleine »industrielle Reservearmee« (Marx), sprich: Jedem Arbeiter droht das Risiko der Arbeitslosigkeit.

6. Die Arbeiter haben kein Vermögen, sie können auch nichts »sparen«, also kein Vermögen bilden.

In der Fortsetzung begründet Stützel diese Thesen eingehend und schließt: »*Hierin liegt die fundamentale Basis zur ordnungspolitischen Legitimation aller Institutionen zur Beschränkung der Individualkonkurrenz von Arbeitnehmern gegeneinander.*«

Wenn also solche Rahmenbedingungen unterstellt werden, und Stützel argumentiert weiter so, als wenn sie auch tatsächlich so seien, so stellt sich natürlich die Frage, ob denn nicht die Möglichkeit bestehen könnte, diese Rahmenbedingungen zu ändern, die ja nun wirklich dem Postulat der Menschenwürde nicht sehr nahestehen! Genau das ist der Punkt, an dem wir einhaken müssen. Wir benötigen eben Rahmenbedingungen und nicht Gunsterweise der Obrigkeit, um eine andere Reihe aufzustellen, die folgendermaßen lauten könnte:

1. Es gibt keine irgendwie gearteten produktions-technologischen Gründe (woher denn auch?), die Arbeitsuchenden die Möglichkeit verbauen würde, durch selbständige Arbeit ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Gründe, nicht selbständig werden zu können, liegen ganz woanders, nämlich in der (un-)rechtlichen Rahmenordnung.

2. Jeder, der arbeiten kann und will, schafft dank der Technik so viel an Produkten, daß er und seine Familie und noch viele andere nicht in der Produktion Tätigen gut davon leben können.

3. »Arbeitslosenunterstützung« findet man nur noch im Lexikon der Sozialwissenschaften, denn jeder, der etwas auf sich hält, arbeitet irgendetwas, von dem er annehmen kann, daß es anderen nützlich erscheint. Die rechtliche Rahmenordnung darf ihm nur den Zugang zu den allen zustehenden Ressourcen nicht künstlich verbauen.

4. Die Arbeiter schließen sich von Fall zu

Produktionsvereinigungen auf vertraglicher Grundlage zusammen, um das zu produzieren, wonach verlangt wird.

5. Eine »kleine industrielle Reservearmee« gibt es nicht mehr, da alle Arbeitslosen verschwunden sind, weil jeder irgendetwas Nützliches arbeitet.

6. Die Arbeiter, und nur diese, können Vermögen bilden, da nur sie durch ihre Arbeit zu Einkommen gelangen. Das ist die Folge davon, daß es keine Möglichkeiten mehr gibt, zu einem *arbeitslosen Einkommen* zu kommen. Deshalb ist das Kapital nur im Besitz der Arbeitenden, da nur sie es erschaffen.«

Aus solchen Rahmenbedingungen, die zugegebenermaßen utopisch (*noch* keinen Ort habend!) sind, ließen sich dann Schlüsse ziehen, die gewiß anders aussehen würden, und die den Gewerkschaften nicht ihre gefährliche dirigistische Rolle noch legitimieren muß, um ihre Macht zu zähmen. Merke: Macht ist marktwirtschaftswidrig und wirkt zerstörend. Macht gegen Macht bedeutet Krieg. Dezentralisation dagegen bedeutet Machtlosigkeit und Frieden. Das Anliegen der Menschenwürde ist eben nicht aus einer angeblich technologisch notwendigen Akkumulation von Kapital und Arbeitskräften unter zentraler Steuerung abzuleiten. Die Menschenwürde ist ein unabdingbarer Bestandteil der Autonomie des Menschen und der Selbständigkeit. Diese *Verallgemeinerung* der Selbständigkeit für alle Menschen wäre das Ziel der noch zu schaffenden *rechtlichen Rahmenordnung*. Die durch diese Rahmenordnung zur Selbständigkeit Gelangten würden sich dann schon mit anderen Selbständigen ins Benehmen setzen, wollten sie ihren eigenen Nutzen erhöhen. Dafür ist die Marktwirtschaft die optimale Ordnung. Sie ist jedoch für sich alleine nicht hinreichend, wie wir gesehen haben. Grundsätzlich ist jedoch das *gleiche Recht auf Selbständigkeit* für alle vorauszusetzen. Dem Grundrecht auf Selbständigkeit ist das gleiche Recht für alle auf Zugang zu den Ressourcen hinzuzufügen. Hier liegen die ungelösten Probleme der sozialen Marktwirtschaft, und hier wird sich Wolfgang Stützel auf die Vorarbeit von John Stuart Mill, Proudhon, Damaschke, Gesell, Keynes u. a. stützen können.

Mögen diese Vorarbeiten noch zu allgemein gewesen sein. Unsere Aufgabe ist es, auf den heutigen Gegebenheiten aufbauend die vollkommene soziale Marktwirtschaft zu entwickeln, nachdem ihre unvollkommene Ausgabe durch Ludwig Erhard zu Recht zu großen Hoffnungen Anlaß gegeben hat. Auf die Unvollkommenheit weist Stützel im wesentlichen hin und macht uns Mut, alle Unvollkommenheiten zu überwinden und nicht kurz vor Vollendung der Marktwirtschaft zu kapitulieren.

Ein wesentlicher Gesichtspunkt bei der Betrachtung der sozialen Marktwirtschaft und ihrem Verhältnis zur Menschenwürde scheint mir noch folgender zu sein: Es ist sicher richtig, daß am Markt Waren angeboten und nachgefragt werden und daß der sich frei bildende Preis das notwendige Regulativ für die Funktion der Marktwirtschaft ist. Da Geld die allgemeinste Ware ist, darf auch dieses Geld nach Angebot und Nachfrage am Markt gehandelt werden. Ob jedoch Arbeit ein handelbares Objekt ist, wo sie doch vom Subjekt der Menschenwürde nicht getrennt werden kann, sollte in Frage gestellt werden. Es ist immer ein Teil seiner selbst, das der Mensch da zu Markte trägt, wo er seine Arbeit einsetzt, im Gegensatz zum Produkt, das er wirklich von sich gelöst hat, oder vom Geld, das er leichten Herzens ausgeben kann. Es ist keine Forderung romantischer Schwärmerei: So wie man

den Sklavenhandel alter Zeiten heute verabscheut, so sehr wird man in Zukunft die Idee, mit Arbeit auf einem »Arbeitsmarkt« »Handel« treiben zu dürfen, als unwürdig empfinden. Das ist das punctum saliens, das die Marktwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft werden läßt: das Ende jeder Sklaverei.

Gerhardus Lang

Papst Johannes Paul II.
Enzyklika Laborem exercens

In der Enzyklika Laborem exercens von Papst Johannes Paul II. wird an die Enzyklika Rerum novarum Papst Leos *XIII. aus dem Jahre 1891 angeschlossen*, jener Enzyklika, die sich erstmalig der sozialen Frage widmete. Die wichtigste Feststellung besteht wohl darin, daß »die grundlegende Dimension menschlicher Existenz die Arbeit« sei und daß das menschliche Leben daraus »die ihm eigene Würde bezieht«. Deshalb »hält es die katholische Kirche für ihre Aufgabe, immer wieder auf die Würde und die Rechte der arbeitenden Menschen hinzuweisen«. Die Arbeit steht also »im Mittelpunkt der sozialen Frage«, sie ist »ihr Schlüssel«. Das kommt schon im Buch Genesis zum Ausdruck: »Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde und machet sie euch untertan.«* Dieses ist sowohl als »universaler Prozeß der gesamten Menschheit in geschichtlicher Dimension zu sehen, als auch als Prozeß, der sich in jedem Menschen abspielt, jenem mit Einsicht begabten Wesen«. *Denn ohne Einsicht*, das heißt Erkenntnis, findet dieses Untertan-machen, das sich zu eigen machen, der Erde nicht statt. Auch wenn die Einsicht, die zur Technik führt, eine bedeutende Rolle spielt, so ist es immer die Einsicht von Menschen, die arbeiten; der Mensch bleibt Subjekt. Die Enzyklika weist hier darauf hin, daß die Trennung von Einsicht und Arbeit, von Erkennen und Tun auf einzelne Menschengruppen »die Arbeitnehmer zu Sklaven der Maschine macht oder sie um ihre Beschäftigung bringt.« Als Arbeitnehmer wird hier der verstanden, der kein Eigentum an Produktionsmitteln hat und der deshalb mit »fremden Werkzeugen« arbeitet. Sonst wird der Begriff des Arbeitnehmers keiner näheren Untersuchung unterzogen, da aus dem übrigen *Zusammenhang hervorgeht, daß es der* Enzyklika um den arbeitenden Menschen ganz allgemein geht: Als Person ist der Mensch Subjekt der Arbeit, das heißt die Arbeit geht immer von ihm aus. So wird der Begriff des Arbeitnehmers zusehends zu einer leeren Worthülse, denn wenn Arbeit immer vom Subjekt ausgeht, kann sie nicht von ihm empfangen werden, sonst würde er ja Objekt der Arbeit. Auch soll der Arbeitende in dem ganzen Prozeß der Herrschende sein, »eine Person, ein mit Freiheit und Bewußtsein ausgestattetes Subjekt, das über sich entscheidet«.

Da diese Arbeitsethik den »Kern der christlichen Lehre über die menschliche Arbeit« darstellt, erklärt sie auch, daß ein wenn auch nur teilweises Sklavendasein irgendwelcher Menschen dieser Lehre nicht entsprechen kann, da »derjenige, der Gott war, uns jedoch in allem *gleich geworden ist« und »den größten* Teil seiner irdischen Lebensjahre der körperlichen Arbeit in der Werkstatt eines Zimmermanns gewidmet hat«. Eine Einteilung der Menschen nach der Art der von ihnen verrichteten Arbeit ist demnach nicht mehr möglich und somit auch nicht der heillose Unterschied von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Zweck der Arbeit, jeder vom Menschen verrichteten Arbeit, gelte sie »auch in der allgemeinen Wertschätzung als niedrigste Dienstleistung, als völlig monotone, ja als geächtete Arbeit, bleibt letztlich immer der Mensch selbst«. Somit »stellt sich die Enzyklika mit Recht gegen die materialistischen und ökonomistischen Strömungen« der neueren

*vergl. 1. Buch Mose, 1. Kap. Vers. 28

Zeit, die »die Arbeit als eine Art von 'Ware' behandeln«, die der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber verkauft (welcher Satz ein Widerspruch in sich selbst ist, sie müßten dann Arbeitsverkäufer und Arbeitskäufer heißen!)

An dieser grundlegenden »Waren»-Ansicht der Arbeit hat sich weder auf der kollektivistischen noch auf der kapitalistischen Seite etwas geändert, wie die Enzyklika überhaupt die Verwandtschaft der westlichen und östlichen Wirtschaftsdoktrinen wiederholt in ihren Gemeinsamkeiten sieht, die vor allem darin bestehen, den »Menschen als bloßes Werkzeug zu behandeln, während er um seiner selbst willen, unabhängig von der Arbeit, die er tut, als deren Verursachendes Subjekt, als deren wahrer Gestalter und Schöpfer« behandelt werden sollte. Hier in Punkt 7 trifft die Enzyklika den Kern der Problematik, wo sie zusammenfaßt: Wenn »der Mensch in irgendeiner Weise dem Gesamt der materiellen Produktionsmittel gleichgeschaltet und so wie ein Instrument behandelt wird, und nicht entsprechend der wahren Würde seiner Arbeit, das heißt als ihr Subjekt und Urheber und eben dadurch als wahres Ziel des gesamten Produktionsprozesses«, dann verfällt man immer wieder in den Irrtum des primitiven Kapitalismus.«

Aus dieser Sicht werden nun die Folgen dieser Entwürdigung im industriellen Produktionsprozeß gesehen: Die Arbeiterfrage, die Ausbeutung der keine Arbeitsmittel Besitzenden, die Solidarität der um ihre Würde Gebrachten in den Gewerkschaftsbewegungen, die ausdrücklich als »sozial-ethisch wertvoll und ausdrucksstark« bezeichnet werden (S. 18). Die Enzyklika setzt sich hier nochmals von der auch heute noch in den Wirtschaftswissenschaften als unumstößliches Dogma geltenden Lehre ab, daß »die menschliche Arbeit lediglich ein Produktionsmittel sei, das Kapital hingegen die Grundlage, der Maßstab und der Zweck der Produktion«. Diese Tatsache mögen die Kathederbesitzer der wissenschaftlichen Lehrmeinung, wenn auch sicher ungern, anhören und werden erstaunt sein, sie ausgerechnet von einer Seite zu hören, mit der sie sich eigentlich immer einig fühlten. So ruft die katholische Kirche zur Solidarität immer dann auf, »wenn die Würde der menschlichen Arbeit verletzt sei, sei es durch die Plage der Arbeitslosigkeit, sei es, daß die Arbeit und die Rechte, die sich aus ihr ergeben, vor allem das Recht auf angemessene Entlohnung und auf Sicherheit der Person des 'Arbeitnehmers' und seiner Familie, entleert werden«. (Wobei unter »angemessener« Entlohnung eigentlich nur der volle Arbeitsertrag verstanden werden kann.)

Nach den soziologischen Aspekten geht die Enzyklka dann zu den menschenkundlichen Aspekten über und weist darauf hin, daß die Arbeit nicht nur eine notwendige Mühsal, sondern ein, wenn auch »schwieriges Gut (Thomas von Aquin)« sei, ein »dem Menschen würdiges, ein Gut, das die menschliche Würde zum Ausdruck bringt und sie vermehrt«. Die Arbeit ist ein Gut für den Menschen, für sein Menschsein, weil er durch die Arbeit nicht nur Natur umwandelt, sondern »sich selbst als Mensch verwirklicht, ja gewissermaßen mehr Mensch wird«. Hieraus ist auch »die Tugend des Fleißes« verständlich, die jedoch ihren Segen als »Mittel zum Gutwerden des Menschen« erst entfalten kann, wenn sie sich mit der sozialen Ordnung verbinden kann, die es dem Menschen erlaubt, in der Arbeit mehr Mensch zu werden», statt »sich ihretwegen zu erniedrigen und seine ureigene Würde und Personalität verletzt zu sehen« (in der Zwangsarbeit z. B. oder

im modernen Produktionsprozeß an vielen Stellen).

Auch der Wert der Arbeit für die Erziehung des Menschen ist so unmittelbar einsichtig, und die Folgerung, daß vielleicht in den Entwicklungsstadien, in denen die Schule einen guten Teil der Zeit der Kinder und Jugendlichen durch Stillsitzen und Nichtarbeiten im ursprünglichen Sinn in Anspruch nimmt, auch die körperliche Arbeit wie in allen früheren Zeiten ein wichtiges und der menschlichen Würde entsprechendes Erziehungsmittel sein müßte, wird von der Enzyklika zwar nicht ausdrücklich erwähnt, ist jedoch eine logische Folgerung aus den Ausführungen. Man könnte sich vorstellen, daß eine mehr werktätige Erziehung der Kinder vor allem in der Landwirtschaft vielleicht manche heute kaum noch erreichbare Tugend in der Erziehung wieder Fuß fassen ließe, wo predigen und lehren allein nichts ausrichten, vor allem die Tugenden des Fleißes, der Ordnung, der Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Genauigkeit, Ausdauer, gegenseitigen Hilfe und Achtung und nicht zuletzt der Liebe zu allem Kreatürlichen.

Im Abschnitt III widmet sich die Enzyklika dem Gegensatz Kapital und Arbeit. Sie charakterisiert die politische Absicht der marxistischen Politik, die totale Macht durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu erreichen und private Macht aufzuheben. Dann betrachtet sie das Verhältnis von Kapital und Arbeit und stellt fest: Es besteht »das Prinzip des Vorranges der Arbeit gegenüber dem Kapital. Dieses Prinzip betrifft direkt den Produktionsprozeß, für die die Arbeit immer eine der hauptsächlichen Wirkursachen ist, während das Kapital bloß Instrument oder instrumentelle Ursache ist. Dieses Prinzip ist eine offensichtliche Wahrheit«. Des weiteren ist festzustellen, daß »alles, was der Mensch sich im Laufe der Geschichte aus den Schätzen der Natur angeeignet hat, er als Geschenk des Schöpfers vorfindet, und die Aneignung erfolgt durch Arbeit, verwandelnde und nehmende Arbeit, woraus folgt, daß das gewordene Kapital immer die Folge, die Frucht der Arbeit ist«. Auch hier erweist es sich, daß der Mensch den Primat gegenüber den Dingen auch im Produktionsprozeß besitzt und aus dieser Rolle nicht durch angebliche Sachzwänge gedrängt werden darf. Deshalb kann eine Arbeitsordnung nur dann »richtig sein, wenn sie schon in ihren Grundlagen den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit überwindet: »Kapital kann von der Arbeit nicht getrennt werden, es verliert ohne die Arbeit seinen Sinn, nachdem es ihr seine Existenz verdankt.» »Kapital muß von Arbeit durchdrungen« werden, soll es nützlich sein, so wie ein Werkzeug ohne Werktätigen sinnlos und nutzlos ist. »Von all dem, was im Produktionsprozeß eine Summe von Sachen darstellt, von den Instrumenten und vom Kapital, können wir nur sagen, daß es die Arbeit des Menschen *bedingt*, nicht aber, daß es gleichsam ein anonymes 'Subjekt' bildet, von dem der Mensch und seine Arbeit *abhängig* wären.

An dieser Stelle weist die Enzyklika auf die unheilvolle Spaltung der Wirklichkeit in zwei Gegensätze, nämlich Kapital und Arbeit, hin, ein ähnliches Phänomen wie in der Wissenschaft die Trennung von Subjekt und Objekt. Sie nennt diese Spaltung »den Irrtum des Ökonomismus«, der identisch mit dem »Irrtum des Materialismus« ist, der den »Primat des Materiellen über das Geistige und Personhafte herstellen« möchte, wo doch Materie und Geist für unser irdisches Dasein eine völlig gleichberechtigte Rolle, um nicht zu sagen,

identische Rolle spielen, stellen sie doch nur die Polaritäten unseres Daseins in der Welt dar. Diese Spaltung der Begriffe dient nun der Rechtfertigung der Enteignung der Arbeitenden, denen der Teil ihrer Einkommen aus der Arbeit vorenthalten wurde und wird, der zur Kapitalbildung dient.

Zwar bezeichnet die Enzyklika nicht diesen Ursprung der unrechtmäßigen Kapitalbildung, zieht jedoch die Folgen, indem sie dieses Unrecht durch teilweise Aufhebung der Besitzrechte an solchem Eigentum als wiedergutgemacht sieht, wenn dieses Eigentum »um des Besitzes willen« oder »gegen die Arbeit« besessen wird. Sie schließt ausdrücklich die »Sozialisierung gewisser Produktionsmittel« aus diesen Gründen nicht aus.

Wenn jedoch das Eigentum als Rechtstitel unabdingbar ist, sollte man auch einsehen können, daß primäres Unrecht nicht durch sekundäres Unrecht getilgt werden kann.

Es kann deshalb nur darum gehen, *das primäre Recht am vollen Arbeitsertrag* herzustellen, was dann sozusagen ohne Umwege zum (Mit)-Eigentum an Produktionsmitteln führt, die die Enzyklika eindeutig bevorzugt, da sie die Gefahren des sozialistischen gesellschaftlichen Eigentums »durch Machtmißbrauch«, (der identisch mit dem Machtmißbrauch durch privates Eigentum ist!), sieht. »Jeder soll aufgrund der eigenen Mitarbeit den vollen Anspruch haben, sich als (Mit)Eigentümer der großen Werkstätte zu betrachten, in der er gemeinsam mit allen anderen arbeitet«. Dieses Ziel könnte durch eine »Vielfalt mittlerer Körperschaften erreicht werden, deren Mitglieder als Personen betrachtet werden«. Von hier aus ist es nur noch ein kleiner Schritt zu der eindeutigen Aussage: Das Primat hat der Arbeitende als Selbständiger (Autonomer), der sich mit anderen Selbständigen (auch Autonomen) durch Verträge zusammenschließt, in denen die Verteilung des gemeinsam Erarbeiteten im voraus geregelt wird. Damit wäre dann das Problem der Macht, die aus der Akkumulation von Eigentum entsteht, durch maximale Teilung desselben überwunden, und ein Gewinn entsteht nur durch das Miteinander der sich Vertragenden. Damit wäre auch das christliche Prinzip schlechthin in der Wirtschaft verwirklicht. Denn wie könnte es der Arbeitende denn anders erreichen, »das Bewußtsein haben zu können, im eigenen Bereich zu arbeiten?« Nur durch das Privateigentum an *seinen* Produktionsmitteln, nicht an irgendwelchen, an den Produktionsmitteln schlechthin. Dann wird auch die Antinomie Arbeitgeber/Arbeitnehmer hinfällig, auf deren Unsinnigkeit schon früher hingewiesen wurde. Mögen diese Begriffe für eine begrenzte Übergangszeit noch eine Bedeutung für die Verständigung haben, ihrem Wesen nach sind sie durch die Feststellung des Arbeitenden als Subjekt und Person mit allen ihr zukommenden Freiheitsrechten nicht mehr legitim. Man kann nur arbeiten oder nicht arbeiten. Arbeiten lassen, d. h. »Arbeit geben«, das ist Sklavenhalterei und entwürdigt sowohl den »Arbeitgeber« als den »Arbeitnehmer«.

Was nun in Kapitel 18 über den Arbeitsplatz und die Planung desselben ausgesagt ist, könnte leicht zu der irrtümlichen Auffassung führen, daß hier nun endlich die Planer, d. h. die Planwirtschaft gegen die Marktwirtschaft den Vorzug bekäme. Wenn die Enzyklika statt Planung Ordnung gesagt hätte, so wäre das rein rechtliche Engagement des Staates klarer geworden, da die rechtlichen Rahmenbedingungen der Wirtschaft durchaus staatliche Aufgabe sein müssen. Damit wäre allerdings sein Anteil an jener Gesamtplanung erfüllt, die sich nach den Gesetzen der

Marktwirtschaft schließlich aus der gegenseitigen Erfüllung der vielen Einzelpläne der wirtschaftenden Personen ergibt. Nur in der Ordnung darf diese Gesamtplanung des Staates bestehen, soll nicht der so mühsam wiedergefundene personale Standpunkt verloren gehen.

An der letzten Stelle in Kapitel 19 würden wir der Enzyklika noch eine Ablösung des Begriffes des »gerechten Lohnes« durch den Begriff des *vollen Arbeitsertrages* wünschen. Dieses deshalb, weil Arbeit nicht bezahlt werden kann, sondern nur Dinge. Gerechtigkeit kann nur dadurch hergestellt werden, daß dem Arbeitenden der volle Ertrag zusteht, der durch die Produkte seiner Arbeit erzielt werden konnte. Die Bewertung einer Arbeit selbst in Form von Geld kann nie rechtens sein, denn was einer an Mühe für eine Produktion aufgewandt hat, weiß nur er selbst, und das kann nur er selbst bewerten. Er muß es schließlich hinnehmen, was ein anderer bereit ist, ihm für das Produkt seiner Arbeit zu bezahlen. Dieses Recht hat der Empfänger des vollen Arbeitsertrages dann natürlich auch gegenüber allen anderen Teilnehmern am Warenaustausch. Hier wäre durchaus eine klärende Sprache zur Marktwirtschaft notwendig, die die Enzyklika an dieser Stelle unbedingt berühren müßte.

Ist der Arbeitende der Empfänger des vollen Arbeitsertrages, wird es ihm auch ein leichtes sein, seine Familie ohne sozialen Transfer zu versorgen, denn es ist sicher auch ein Postulat der menschlichen Würde, gemäß dem Subsidiaritätsprinzip fremde Hilfe erst dann in Anspruch zu nehmen, wenn die eigene Kraft nicht ausreicht. Heute ist es nun leider so, daß zwar alle Kraft vom Arbeitenden verlangt wird, um ihm dann nach Vorenthaltung des vollen Arbeitsertrages zu sagen, daß er natürlich nie ohne Subsidien Frau und Kinder ernähren könne, dafür müßten eben die Sozialleistungen aufgebracht werden. Auch hier würde eine konsequente Sozialordnung einen großen Gewinn für die Menschenwürde darstellen, vor allem deshalb, weil die Familie als Urzelle aller Gemeinschaft, d. h. auch der Staatsbildung, auf der Autonomie der Beteiligten beruhen muß. Ist hier schon für jedes Kind die Abhängigkeit der Eltern von Subsidien offensichtlich und selbstverständlich, so entwickelt sich bei ihm auch keine Liebe zur Selbständigkeit. Deshalb kann nicht genügend die Ansicht der Enzyklika unterstützt werden, daß die Familie durch die Ordnung der Wirtschaft in ihrer Autonomie geschützt werden muß und daß das Dasein der Frau als Mutter die höchste Wertschätzung zu erfahren habe. Es entwürdigt alle Menschen, wenn die Mutter kleiner Kinder einer Erwerbstätigkeit nachgehen muß, die sie für lange Zeit von ihren Kindern trennt. Wer meint, daß eine Frau zu ihrer Selbstwertschätzung unbedingt noch einen anderen Beruf benötigt, wenn sie von ihren Kindern schon zur Mutter berufen wurde, der redet der Sklaverei der Frau das Wort.

Über die gewerkschaftlichen Aktivitäten äußert sich die Enzyklika im Sinne eines Aufrufs: »Nicht den Kampf gegen die Kapitalbesitzer« als den letzten Zweck dieser Zusammenschlüsse der Arbeitenden zu sehen, sondern darauf hinzuwirken, den einigenden, den sozialen Aspekt der Arbeit zu erkennen. Sonst würden Gruppen- oder Klassenegoismen das Gemeinwohl stören. Die Gewerkschaftsbewegung wird aufgefordert, ihre ehrwürdige Tradition fortzusetzen, außer der Durchsetzung der Rechte der Arbeitenden, was nicht immer nur in Tarifkämpfen erschöpft ist, auch die Bildungs- und Erziehungsar–

beit in Richtung auf ein vollgültiges Menschsein zu fördern.«

In Kapitel V wird nochmals auf den geistigen Gesichtspunkt der Arbeit hingewiesen, auf ihre Verwandtschaft mit dem Schöpfungsgeschehen selbst, daß sie eine Fortsetzung der Schöpfung selbst sei. Zur Arbeitsethik wird der Apostel Paulus zitiert: »Wir haben uns gemüht und geplagt, Tag und Nacht haben wir gearbeitet, um keinem von euch zur Last zu fallen.« Im Zusammenhang mit der Feststellung, daß einige der Thessalonicher »ein unordentliches Leben führen, nur nicht arbeiten,« sagt er auch ohne Bedenken: »Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen. «Die Gerechtigkeit besteht also darin, daß jeder durch seine Arbeit seinen Anteil beiträgt zum Lebensunterhalt der Menschen und niemand das Recht auf Unterhalt beanspruchen kann ohne Gegenleistung, sofern er dazu durch Gesundheit und Kraft in der Lage ist.

Zum Fortschrittsglauben durch »immer mehr« sagt die Enzyklika: »Der Mensch ist mehr wert durch das, was er ist, als durch das, was er hat.« Ebenso hat alles, was die Menschen zur Erreichung einer größeren Gerechtigkeit, einer umfassenderen Brüderlichkeit und einer humaneren Ordnung der sozialen Beziehungen tun, größeren Wert als technische Fortschritte. Diese Fortschritte »können zwar gleichsam das Material für den menschlichen Aufstieg bieten, doch den Aufstieg selbst werden sie durch sich allein keineswegs zustande bringen«. Man könnte hinzufügen, daß der technische Fortschritt ohne soziale Rechtsordnung eher zum Untergang der Menschen führen kann, wie die modernen Entwicklungen offenbar werden lassen. »Was nützte es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele?«

Gerhardus Lang

Ankündigungen des Trithemius-Institutes

Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.

Arbeitstagung vom 12.–14. März 1982

Thema:
Unternehmen in der sozialen Marktwirtschaft heute, Analysen und Aussichten

Dr. L. Vogel, Boll	»Selbständigkeit« – Anthropologische Gesichtspunkte –
Jürgen Rauh, Pforzheim	Interdependenz von Kultur, Staat und Wirtschaft
Dr. G. Lang, Boll	Selbstbestimmung am Arbeitsplatz, Utopie oder Realität – Wala-Modell –
Jobst von Heynitz, Notar, München	Unternehmensformen – Unternehmensmöglichkeiten – Unternehmensbelastungen – Unter dem Gesichtspunkt des Rechts auf Selbstbestimmung und Verantwortung, Mitbestimmung, Fremdbestimmung –

* * *

Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.

Arbeitstagung vom 30. April bis 2. Mai 1982

Thema:

Ergebnisse des währungspolitischen Symposions Herrsching 1981

Fritz Penserot, Kirn	Währungspolitik in der Sicht der Experten
Jürgen Rauh, Pforzheim	Interdependenz von Kultur, Staat und Wirtschaft
Dr. G. Lang, Boll	Dynamische Lösungen der Währungsproblematik – zu Prof. Dr. Wolfram Engels Vortrag zum Konzept der wettbewerblichen Geldproduktion –
Jobst von Heynitz, Notar, München	Die Geldordnung aus verfassungsrechtlicher Sicht – Vortrag von Prof. Dr. Dieter Suhr, Augsburg –
	Abschließendes Podiumsgespräch

* * *

Anmeldung an das:

Seminar für freiheitliche Ordnung
der Wirtschaft des Staates und der Kultur e. V.
7325 Boll, Badstraße 35
Postfach 1105 · Telefon (07164) 2572

Seminar für freiheitliche Ordnung, der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e. V.

Jugend-Studien-Seminar März 1982

Generalthema: Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft

Unser Ziel: Erarbeitung eines freiheitsbezogenen Menschenbildes und die Folgerungen für die Gestaltung des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.

Tagungsbeginn: Freitag, 19. März 1982, 19.30 Uhr

Tagungsende: Sonntag, 21. März 1982, 16.00 Uhr

Tagungsort: 7325 Boll, Badstraße 35
Neue Bildungsstätte Trithemius-Haus

Unterkunft und Verpflegung für die nichtverdienenden jugendlichen Teilnehmer übernimmt der Veranstalter als privater Träger. Unterbringung in Privatquartieren. – Der Tagungsbeitrag beträgt DM 20.–

Themen: *Soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftsordnung*
– Das ordoliberale Modell und die Wirklichkeit der heutigen Wirtschaftsordnung –

Die Sozialordnung als Ganzheit
Dr. Lothar Vogel, Bad Boll

Walter Eucken – Die Idee der Wirtschaftsordnung und die Theorie der Ordnungsformen der Wirtschaft – Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung
Bernhard Wieser, stud. rer. pol. Nürnberg

Walter Eucken – Die Erkenntnis der Wirtschaftsordnungen und des Wirtschaftskreislaufes durch Anwendung der Theorie – Die wirtschaftspolitische Erfahrung
Jörg Kuenzer, stud. rer. pol. Freiburg

Zur Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland
Josef Schmidt, stud. ing. Ulm

Die bestehende Wirtschaftsordnung und das Modell
– Zur Kritik des Modells –
Dr. Gerhardus Lang, Boll

Musik: für Querflöte und Klavier
am Samstag, dem 20. März 1982 um 20.00 Uhr.
Sonja Sanders, stud. phil. München, Querflöte
Adelheid Wieser, stud. phil. Ulm, Klavier

Tagungsleitung: Bernhard Wieser

* * *

Anmeldungen an das:

Seminar für freiheitliche Ordnung
7325 Boll, Badstraße 35
Postfach 1105 · Telefon (07164) 2572

Bad Boller Medizinisches Seminar

vom 2.–4. April 1982

Grundlagenseminar: Homöopathische Arzneimittelbilder auf menschenkundlicher Grundlage.

– Dreigliederung und Viergliederung des Menschen (Rudolf Steiner) –

Programm durch Frau Vera Knür
7325 Boll, Erlengarten 6

Freie Forschungs- und Studiengemeinschaft Universitas

Sehr verehrte Mitglieder,
nachfolgend erhalten Sie das Programm des nächsten medizinischen Seminars der *Universitas* über das Thema »*Atmung – Luftelement*«. Dr. Otto Wolf kann diesmal leider nicht, wie ursprünglich vorgesehen, teilnehmen. Daher muß die Studienwoche über »Biochemie der Atmung, Oxydation und Reduktion« verschoben werden. Sie findet voraussichtlich im Herbst 1982, Mitte September statt.

Das Seminar über »Atmung – Luftelement« wird nun vom 29. März bis 7. April 1982 in Marburg stattfinden.

Vorher – am 26.–27. März – wird unser regelmäßiges Symposion mit dem Thema einer Goetheanistischen Wissenschaftslehre stattfinden. Dazu ist in Erinnerung zu rufen, daß 1982 ein Goethegedenkjahr, nämlich die 150. Wiederkehr von Goethes Todestag (März 1832) ist. Dies soll uns Anlaß sein, uns die Wissenschaftslehre, vor allem Goethes Methode in seinen naturwissenschaftlichen Forschungen, erneut zu vergegenwärtigen und zu versuchen, sie in zeitgemäße Formen zu bringen.

Nachfolgend die Themenfolge für unsere Seminararbeit im März – April.

Anmeldung zum Seminar bis Ende Februar.

Programm

Thema: Atmung – Luftelement

Seminaristische Gesprächsarbeit mit praktischen Übungen und Referaten.

Ort: Institut für Physiologie der Universität Marburg,
Deutschhausstraße 1–2 (kleiner Hörsaal)

Beginn: Montag, 29. März 1982, 10.00 Uhr

Zeitplan vom 29. März – 2. April und 5. April – 7. April 1982

8.30 Uhr Wetterbeobachtung
Luft als Element in klimatologischer Sicht
(Auf dem »Michelchen«)

9.00 Uhr Künstlerische Übungen
(Trygve Olaf Lindvig, Eike Wagner, Freiburg)

10–12 Uhr Seminar zum Thema Luft – Atmung – Seelenleben (s. u.)

Freie Forschungs- und Studiengemeinschaft Universitas

14–16 Uhr Übungen zur Atemtherapie und zur Sprachtherapie (1 Woche).
Praktikumsversuche zur Atemphysiologie.
(Für die Übungen zur Atem- und Sprachtherapie ist Dr. Ernst angefragt).

Seminarthemen der Vormittagsarbeit (10–12 Uhr)

Einführung in den Begriff der Wesensglieder am Beispiel des Atmens
(Dr. med. H. J. Scheurle, Marburg)

Atmungsorganisation-Entwicklung und Gestalt
Lungen-, Blut-, Gewebeatmung
(Referate der Teilnehmer)

Herz-Kreislauf-Atmung
(Prof. Dr. med. H. Hensel, Marburg)

Lebensleib–Seelenleib–Geistesleib
Eine physiologische Wesensgliederbetrachtung
(Dr. med. H. J. Scheurle)

Anmeldung bis Ende Februar erbeten.

Das *Vorlesungsverzeichnis der Freien Forschungs- und Studiengemeinschaft Universitas* ist anzufordern bei
Herrn Dr. med H. J. Scheurle
Universität Marburg
Institut für Physiologie
Deutschhausstraße 1–2
355 Marburg

Die Mitwirkenden dieses Heftes:

Gerhardus Lang, Dr. med., Bad Boll, Klinge 10

Fritz Penserot, Kirn, Dhauner Straße

Wolfgang Seel, Dr. jur., Universität Bochum

Vorankündigung für Heft 155/II 1982
Sonderheft zum Goethejahr

Dr. med. Lothar Vogel — Die Anthropologie Goethes.

Jahresabonnement »Fragen der Freiheit« oder fördernde Mitgliedschaft?

Für das Jahr 1982 möchten wir Ihnen empfehlen, das Jahresabonnement für »Fragen der Freiheit« in eine fördernde Mitgliedschaft im Seminar für freiheitliche Ordnung umzuwandeln.

Der Mitgliedsbeitrag als förderndes Mitglied beträgt DM 60,-- und ist von der Steuer abzugsfähig. Der Bezug der Schriftenreihe »Fragen der Freiheit« mit der Ankündigung aller Veranstaltungen des Trithemius-Institutes ist im Jahresbeitrag enthalten.

Der für das Jahr 1982 wegen Erhöhung der Postgebühren und die erhebliche Verteuerung des Versandes notwendig gewordene Aufschlag des Jahresabonnement von DM 36,-- auf DM 42,-- bleibt davon unberührt. Der Jahresbeitrag für fördernde Mitgliedschaft von DM 60,-- ändert sich nicht.

Für die im Jahre 1982 notwendig werdende Erhöhung des Abonnement-Preises für »Fragen der Freiheit« bitten wir um Ihr Verständnis. Die Jahresrechnung 1982 liegt dem Januar/Februar-Heft bei.

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« Nr. 1 bis 123 erschienenen Beiträge befindet sich in Heft 99/100 und Heft 123.

Fragen der Freiheit, Zweimonatsschrift,
Herausgeber für das Seminar für freiheitliche Ordnung
Diether Vogel †, Lothar Vogel, Heinz Hartmut Vogel

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung, 7325 Boll, Badstraße 35
Telefon (07164) 2572

Preis: Jahresabonnement DM 42.–, sfr. 42.–, ö. S. 330.–

Einzelhefte: DM 7.50, sfr. 7.50, ö. S. 55.–

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20 011 / BLZ 61050000

Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung, Boll
Postscheckamt Frankfurt am Main 261404-602
Schweiz: 30-3071 Postscheckamt Bern
Österreich: Postsparkassenamt Wien 7939686
H. Vogel-Klingert, Eckwälden/Bad Boll

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle, CH Zürich-Zollikerberg, Weiherweg 4

Motto aus: Goethe »Maximen und Reflexionen«

Gesamtherstellung: Schäfer-Druck GmbH, Göppingen

Diesem Heft liegt der Spendenaufruf zur Errichtung der eigenen Bildungsstätte »Trithemius-Institut« bei.

Heinz Hartmut Vogel

Jenseits von Macht und Anarchie

Die Sozialordnung der Freiheit
von Dr. Heinz-Hartmut Vogel
1963 156 Seiten

Westdeutscher Verlag
Köln und Opladen

Broschiert DM 15.– Leinen DM 20.–

Bestellungen an:
Seminar für
freiheitliche Ordnung
der Wirtschaft, des Staates und der Kultur e. V.
7325 Boll, Badstraße 35
Telefon (07164) 2572